

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— DM, vierteljährlich 5.— DM.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellung: Die Abbestellung muß 1. 10. 1921, mit dem 1. 10. 1921, bei der Redaktion eintreffen. — Die Abbestellung muß bei der Redaktion eintreffen. — Die Abbestellung muß bei der Redaktion eintreffen. — Die Abbestellung muß bei der Redaktion eintreffen.

Nr. 147

Montag, den 27. Juni 1921

12. Jahrgang

## Der Völkerbund gegen das internationale Recht.

### Die Alandsfrage vor dem Völkerbundsrate.

Genf, 24. Juni. Der Völkerbundrat hat heute seinen Beschluß in der Frage der Alandsinseln bekannt gegeben. Er vertritt die Auffassung, daß die Souveränität über die Inseln Finnland zugesprochen sei, daß die Inseln militärisch neutralisiert werden sollen, und daß der Bevölkerung gemäß dem Vorschlage des Berichterstatters Garantien zu gewähren seien. Im Namen der schwedischen Regierung protestierte Branting (der Führer unserer schwedischen Genossen, D. Red.) gegen diesen Beschluß, erklärte aber, sich dem Beschluß fügen zu wollen. Ferner erklärte er, Schweden werde an den Verhandlungen teilnehmen, die unter den Auspizien des Völkerbundes zum Zwecke der Festlegung der Garantien beschlossen werden sollen.

Genf, 25. Juni. Branting hat anlässlich der Bekanntgabe des Beschlusses des Völkerbundsrates in der Alandsfrage an den Rat folgenden Protest gerichtet: Im Namen der schwedischen Regierung habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben: Indem es vor Europa und vor dem Völkerbund die Sache der Bevölkerung der Alandsinseln zu seiner eigenen macht, ist Schweden nicht von dem Wunsche geleitet gewesen, sein Gebiet zu erweitern. Es handelte sich für Schweden einzig darum, die hohen Ideen der Gerechtigkeit geltend zu machen und das Recht einer kleinen, vollständig homogenen Inselbevölkerung zu verteidigen, sich dem Mutterlande anzuschließen, von welchem sie die Gewalt weggerissen hatte, zu dem sie aber immer die Bande der gemeinsamen Abstammung, der gemeinsamen Geschichte und des gemeinsamen nationalen Geistes hingehen. Diese Bevölkerung hat vor der ganzen Welt ihren einmütigen Willen kundgetan, nicht mehr an das Land gefesselt zu bleiben, dem sie durch Gewalt der Waffen angeschlossen wurde. Die schwedische Regierung glaubt, eine Institution, die geschaffen worden war, um die Verwirklichung des Rechtes in den internationalen Beziehungen herbeizuführen, werde eine Lösung der Alandsfrage gemäß ihren Grundgedanken des freien Selbstbestimmungsrechtes begünstigen. Die schwedische Regierung hatte gehofft, man werde den Aländern das Recht nicht vorenthalten, das den Schleswigern, die, wie jene der skandinavischen Rasse angehören, zugestanden wurde. Sie hatte gehofft, daß in dem ganz besonderen Fall, um den es sich handelt, in welchem das Recht so klar erscheint und der Wunsch der Bevölkerung von seitener Einstimmigkeit ist, der Völkerbund seine Aufgabe als Sieger und Hüter des Rechtes erfüllen könne und so durch eine ernste Tat das Morgenrot einer internationalen Ordnung ahnen lassen wird. Jetzt, wo die Entscheidung des Völkerbunds diese Hoffnung zunichte gemacht hat, kann die schwedische Regierung nicht umhin, der Befürchtung Ausdruck zu verleihen, der Völkerbund habe das Vertrauen erschüttert, das die Völker und namentlich solche wie Schweden, die lange für die Verwirklichung des internationalen Rechtes gekämpft haben, in den Völkerbund gesetzt haben, der berufen ist, in der ganzen Welt dieses Recht zu wahren. Dieses Vertrauen ist doch immerhin die Vorbedingung für die Erfüllung der hohen Aufgabe, die dem Bund anvertraut worden ist. Die schwedische Regierung glaubt nicht, daß die vom Rat vorgeschlagene Lösung der Alandsfrage geeignet ist, im Gebiete des Baltikums die erhoffte Beruhigung herbeizuführen; sie glaubt auch nicht, daß eine Bevölkerung von solcher Homogenität, wie diejenige der Alandsinseln, deren Willen so wenig respektiert worden ist, für das Land, dem man sie gegen ihren einstimmigen Willen angeschlossen hat, ein Element der Macht bilden wird. Schweden ist bereit, der Entscheidung des Rates die Bedeutung zuzuerkennen, die ihr der Völkerbundspakt verleiht. Es kann aber die Hoffnung nicht ausgehen, daß der Tag kommen wird, an dem der Gebante des Rechtes das Gewissen der Völker genügend durchdrungen haben wird, um Forderungen, die von so edlen Motiven und einem so tiefen Nationalgefühl getragen sind wie diejenigen der Bevölkerung der Alandsinseln, siegreich durchdringen zu lassen.

### Die Räumung Oberschlesiens.

Oppeln, 25. Juni. Der von General Hofer entworfene Räumungsplan ist von der interalliierten Kommission mit geringfügigen Änderungen gebilligt worden. Die Insurgenten haben sich gefügt und haben die Verpflichtung übernommen, am 28. Juni mit der Räumung zu beginnen. Erst wenn durch die Räumung Hindenburgs der Beweis erbracht ist, daß die ernsthafte Absicht besteht, auch das Industriegebiet freizumachen, werden sich die deutschen Selbst-

schutzorganisationen zurückziehen. Von hier aus werden sie je nach dem Fortgang der polnischen Räumungsaktion, die am 5. Juli beendet sein muß, ihren Bestand auflösen.

Rom, 25. Juni. In der Kammer erklärte Graf Sporza u. a., die Entschließung der deutschen Regierung, den Zahlungsplan zur Ausführung zu bringen, und die Entwaffnung und die Aburteilung der Kriegsbeteiligenden vorzunehmen, sei der größte Fortschritt, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf dem Wege zum Frieden in Europa erzielt sei. Indem er das Verhalten der deutschen Regierung als völlig korrekt erklärte, wendet er sich dann gegen die Bestrebungen in einigen deutschen Ländern, die auf die italienische Alpen Grenze gerichtet seien. Bezüglich der oberitalienischen Frage zweifle er nicht, daß man eine befriedigende Regelung finden werde. Die polnische Regierung habe einen scharfen Unterschied zwischen ihrer Verantwortlichkeit und der der Insurgenten gemacht. Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn sie von vornherein eine Haltung eingenommen hätte, die geeignet war, jede Zweideutigkeit auszuschalten. Das oberitalienische Problem sei ein Problem der Gerechtigkeit für alle. Die Abstimmung müsse in den Grenzen des Versailler Vertrages geregelt werden ohne Anwendung von Gewalt.

Gleiwitz, 25. Juni. Die Gleiwitzer Stadtverordnetenversammlung faßte eine Entschließung, in der es heißt: Noch immer sind die oberitalienischen Städte von allem Personen- und Güterverkehr abgeschnitten. Schon jetzt sind Tausende von Arbeitern beschäftigungslos. Die Gefahr einer völligen Arbeitseinstellung rückt in die nächste Nähe. Einmütig fordert daher die Stadtverordnetenversammlung dringend von den Regierungsstellen, von den interalliierten Mächten mit allem Nachdruck zu verlangen, die Säuberung des oberitalienischen Landes durchzuführen.

### Die Auflösung der deutschen Selbstschutzorganisationen.

Berlin, 25. Juni. Mit Rücksicht auf den am 30. d. Mts. bevorstehenden Ablauf der im Ultimatum für die Auflösung der Selbstschutzorganisationen festgesetzten Frist hat die Reichsregierung nunmehr die formelle Bekanntmachungen über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisationen Eschwich erlassen. Von der amtlichen Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an, die Montag im Reichsgesetzblatt erfolgt, sind die Organisationen aufgelöst. Ihre Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar.

### Reparation und Wiederaufbau.

Paris, 25. Juni. „Intransigent“ glaubt, die Absichten des Ministers Loucheur in der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete durch folgende Mitteilungen kennzeichnen zu können: Die zerstörten Departements sollen in eine gewisse Anzahl von Abschnitten eingeteilt werden. In jedem Abschnitt soll eine ständige Kommission gewählt werden, welcher sämtliche Bestellungen des Departements oder Abschnitte zugehen werden. Von ihnen würden die Bestellungen unmittelbar an die in Deutschland arbeitende Zentralkommission für die französischen Bestellungen geleitet werden. Deutscherseits würden die Bestellungen an diejenigen Lieferanten weitergegeben werden, die die vorteilhaftesten Angebote machten. Dann schickte Deutschland die bestellten Materialien unmittelbar an die betreffenden Abschnitte, wo der Wiederaufbau durch französische Arbeiter erfolgen sollte. Die Lieferung der 5000 Holzhaufen sei jedoch eine Sache für sich. Die Einzelheiten in dieser Angelegenheit seien noch nicht festgesetzt, doch hätten die beiden beteiligten Regierungen den Plan in seiner Gesamtheit als durchführbar anerkannt.

Paris, 25. Juni. Die Reparationskommission teilt mit: Um Störungen des Wechselmarktes zu vermeiden, hat die Reparationskommission beschlossen, versuchsweise für den Monat Juni zu gestatten, daß die deutschen Zahlungen nicht mehr in Dollar, sondern in europäischen Geldsorten ausgeführt werden. Diese Entscheidung konnte getroffen werden, da dadurch die betreffenden alliierten Mächte das Kursrisiko übernommen haben, das mit den vorgeesehenen Zahlungen in deren Währung verbunden ist.

Paris, 25. Juni. Die Reparationskommission hat beschlossen, die auf Reparationskonto abzuliefernde deutsche Kohlenmenge für den Monat Juni 1921 auf 2 200 000 T. festzusetzen. Es ist die gleiche Menge, die von der Kommission bereits für die vergangenen Monate festgesetzt worden war.

## Staatsdefizit und Volkswirtschaft.

Die Budgets der verschiedenen Staaten, in erster Linie der besiegten, nicht weniger aber einzelner neutraler und Siegerländer, kämpfen mit ungeheuren Defiziten; die Staatsausgaben sind überall mächtig angeschwollen, und die Einnahmen können damit nicht Schritt halten. Von den ungeheuren Staatsdefiziten Deutschlands ist oft genug geredet worden. Die staatliche Bilanz Frankreichs bietet aber ein ebenso ungünstiges Bild. Man ist jetzt bestrebt, durch Einschränkung der Staatsbedürfnisse die Budgets günstiger zu gestalten. Ein all zu billiges Bestreben wäre es, dies durch Verminderung der militärischen und bürokratischen Ausgaben und nicht durch die Herabsetzung der Ausgaben für sozialpolitische und kulturelle Zwecke zu bewerkstelligen.

Es liegt uns also die wirtschaftliche Not der Staaten vor Augen. Die Völker sind aber darob auch einen Begriff von der wirtschaftlichen Lage der Völker bilden? Wissen wir doch, daß heute die Volkswirtschaft und die Staatswirtschaft keineswegs zusammenfallen. Volkswirtschaft und Staatswirtschaft können beispielsweise in einer sozialistischen Gesellschaft zusammenfallen, wo jedes Volksglied nur auf Rechnung der im Staatsorganisierten Gesamtheit tätig würde. Heute dagegen ist das wirtschaftliche Band zwischen jedem Volksglied und dem Staate ein viel looseres; lediglich als Steuerzahler oder Anteilhaber, als Eisenbahnreisender oder Postauftraggeber usw. ist der Private an die Staatswirtschaft gebunden; in seinem sonstigen wirtschaftlichen Schicksal ist er nicht auf den Staat angewiesen, steht diesem fremd gegenüber. Deshalb ist der Zusammenhang zwischen der staatlichen Finanznot und der Not der Volkswirtschaft nicht für jedermann ohne weiteres klar. Versuchen wir, ihn uns klar zu machen, also die folgende Frage zu beantworten:

„Auf welche Weise kann die wirtschaftliche Not des Staates zur Not des Volkes werden? Wie wirkt das Staatsdefizit auf die Volkswirtschaft?“

Dabei ist der folgende Punkt von besonderer Wichtigkeit: ob das Staatsdefizit auf das „Volkseinkommen“ oder auf das „Volkvermögen“ ungünstig wirkt? Der erste Fall bedeutet, daß die Volksglieder lediglich vorübergehend ihre Bedürfnisse einschränken müssen, um aus dem übrigen Rest des Einkommens dem Staat zur Deckung des Defizits zu verhelfen und nach erfolgter Deckung wieder zur alten Lebenshaltung zurückzukehren. Der zweite Fall dagegen bedeutet, daß der durch Arbeit früherer Jahrzehnte angesammlte Reichtum nun vermindert wird, daß aus dem einkommenstragenden Kapital gezehrt wird, so daß eine dauernde Senkung des Einkommens, eine dauernde Verarmung und Konsumeinschränkung des Volkes eintritt, die erst dann aufhört, wenn durch neue jahrelange Arbeit die Lücken im Volkvermögen gestopft werden.

Wie kann überhaupt der Staat sich verhalten, wenn seine Finanzen ein Defizit aufweisen? Eine private Unternehmung, wenn sie sich in einer ähnlichen Lage sieht, d. h. wenn ihre Ausgaben ihre Einnahmen übersteigen, kann einen von drei Wegen einschlagen:

- entweder versucht sie, ihre Produktion zu einer rentablen umzugestalten, soweit es möglich ist;
  - oder veräußert sie einen Teil ihres Vermögens, um mit dem Ertrag das Defizit zu decken;
  - oder endlich versucht sie Kredit zu erhalten.
- Sehen wir nun zu, ob und wie diese Wege auch von der Wirtschaft eines Staates betreten werden können.
- Der erste Weg — Steigerung der Rentabilität — ist beim Staate nicht in derselben Form zugänglich, wie beim Privaten. Denn seine eigene Produktion (Staatsbetriebe), soweit sie überhaupt eine bedeutende Rolle spielt (was eigentlich nur von den Eisenbahnen gilt), kann nicht auf Rentabilität gerichtet sein. Er kann aber wohl die Steuereinnahmen steigern; das kann bis zu gewissen Grenzen auf Kosten des Volkseinkommens geschehen; wenn aber die Konsumeinschränkung in allen Schichten nicht weiter möglich ist, bedeutet die Erhöhung des Steuerdruckes eine Zehrung des Volkskapitals, also eine dauernde Verarmung.

Der zweite Weg — Ausverkauf des staatlichen Vermögens — ist praktisch kaum oder doch nur in Ausnahmefällen zu betreten. Der Staat ist im großen ganzen vermögenslos. Der Besitz des Staates z. B. an Eisenbahnen, ist für ihn nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen wichtig; ein Verzicht auf diesen Besitz würde auch schwere politische Folgen nach sich ziehen.

Es bleibt also noch der dritte Weg, nämlich Kredit zu nehmen. Wird aber eine Summe in Kredit genommen, so muß sie doch später verzinst und zurückgezahlt werden. Die Mittel dazu können nur aus den Einnahmen des Staates, also namentlich aus neuen Steuern abgebracht werden. So bedeutet also eine Staatsanleihe nichts anderes, als eine Steigerung der Steuerlast. Wären die Steuern und die Anleihen

gleichmäßig unter die Bevölkerung verteilt, so würde jeder Bürger, indem er die Anteile zahlt. Dem Wesen nach ist die Steuer im voraus bezahlt; er gibt das Geld, bevor das Anleihegeld und das Verpfändete, das Geld mit Zinsen zurückgezahlt zu bekommen, und die Verpfändung wird auch mitschuldig erfüllt... aber auf seine eigenen Kosten! Denn inzwischen müssen die Steuern vergrößert werden, um dem Staat die Verzinsung und Rückzahlung der Anleihe zu ermöglichen. Da aber in Wirklichkeit die Steuerlast nicht gleichmäßig auf die Schultern der gesamten Bevölkerung fällt — siehe insbesondere die indirekten Steuern! — und ebenso auch die Anteile nur von bestimmten, von den Vermittlern Schichten gezahlt werden können, so bedeutet die Anleihe nicht nur eine verdeckte Steuer, sondern zugleich auch einen Tribut (in Form der Zinsen) der Steuerbelasteten an die Anleihegeber, in der Wirklichkeit also; der Unvermittelten zugunsten der Vermittelten.

Aber auch der gesamte Volkereichtum wird dabei vermindert, bzw. seine normale Auffrischung verlangsamt. Ein Privatier, der sonst sein Einkommen in Industrien und Aktien anlegt und so die Beschäftigung neuer Arbeitskräfte, Erschließung neuer Rohstoffe, also Schaffung neuer Einkommensquellen der Nation ermöglicht und ihr Vermögen schließlich vergrößert — zeichnet nun die Staatsanleihe. Vorher bekam er seine Dividende aus den Produktionserrösten, also aus den neuerschaffenen Werten; nunmehr erhält er seine Zinsen aus den Steuereinnahmen, also aus Kosten der ihren Konsum einschränkenden aber gar ihr Vermögen verzehrenden Steuerzahler. Die Staatsanleihe verdrängt die Industrieaktie, indem sie meistens sehr günstige Bedingungen verspricht: hohe Zinsen, Zeichnung unter dem Nominalewert, Steuerprivileg. Die Aktie findet nun auf der Börse nur wenig Käufer und wandert ins Ausland. Das bedeutet aber, daß der Volkereichtum um die von dieser Aktie vertretene Kapitalgüter (Anteil an Fabriken, Hütten usw.) verringert wird.

Hoffen wir nun alles zusammen:

Das Staatsdefizit führt mit Sicherheit zu einer Volkerverarmung, welche Wege zu seiner Deckung auch eingeschlagen werden mögen. Der erste Weg, Umgestaltung der Staatseinnahmen, kann in gewissen Grenzen die Verminderung des Volkseinkommens, und nicht darüber hinaus die des Volkvermögens bedeuten; der zweite Weg — Veräußerung eines Teils des Vermögens — ist dem Staate so gut wie verschlossen; der dritte Weg — Kredit — führt mit Sicherheit zu einer Abnahme des Volkvermögens, wobei zugleich eine Verschiebung des Vermögens zugunsten der ärmeren Klassen vor sich geht. (—2.)

## Völkerbundsrat und Saargebiet.

In seiner jüngsten Sitzung in Genf hat sich der Völkerbundsrat auch mit einer Reihe deutscher Proteste beschäftigt, die sich auf die Verwaltung des Saargebietes bezogen, ohne allerdings den deutschen Einwendungen irgendwelche haltzugeben. Kein Wunder! Denn man halte den Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebietes, den Franzosen Maul, aufgefodert, sich als besagte Partei gegen die deutschen Einwendungen zu äußern; deutsche Vertreter jedoch waren nicht anwesend und wurden nicht gehört. So hat sich auch in dieser Frage der Völkerbundrat als einseitiger Vertreter der Ententeinteressen erwiesen.

Wie die P. P. R. hören, bezog sich der erste deutsche Protest auf die Einführung der Frankenswährung bei Post und Eisenbahn. Seit dem 1. Mai 1921 ist bekanntlich durch die Bewohnung der Regierungskommission des Saargebietes die Frankenswährung, für die man eine lebhafte Agitation entfaltet hatte, bei Post und Eisenbahn, sowohl bei deren Tarifen wie bei der Bezahlung der Steuern und Angelegenheiten eingeführt, obwohl diese trotz wirtschaftlichen Protests sich dagegen ausgesprochen hatten. Dabei ist die Rechtslage nach dem Friedensvertrag ungewiss für Deutschland, und die Regierungskommission operiert nur mit Zwangsmittelgründen. Der zweite deutsche Protest richtete sich gegen die französische Gendarmerie im Saargebiet, die der Regierungskommission

unterstellt ist, und der die Grenzkontrolle obliegt. Dementsprechend wird sie von der französischen Grenze geschminkt. Außerdem ist vorerwähnt, aus einem Schreiben, daß im Juli 1920 gelangt ist, daß diese französische Gendarmerie zu politischen Zwecken benutzt wird und Spionage gegen deutschgestimmte Saarbewohner tut. Der Friedensvertrag schreibt strikte Gendarmerie vor. Diese behauptet, dennoch ist man auf häufigsten Gründen die französische nicht auf. Weiter protestierte Deutschland gegen die Raiffeisenvereinigungen, wie sie besonders im August 1920 nach dem Brandengeneralstreik durchgeführt wurden. Zwar stimmt es, daß die Wehrzahl der Raiffeisenvereinigungen wieder in ihrer Heimat zurückgeführt ist; die politische Ächtung und die Restitutionsleistungen nur unter der Verpflichtung, sich fernhin politischer Betätigung zu enthalten. Frankreich wolle beim Völkerbundrat die Frage anheben und zur Entscheidung bringen, ob überhaupt ein solches Einwohnervotum im Saargebiet aus ihrer Heimat ausgewiesen werden können. Eine prinzipielle Entscheidung in dieser Angelegenheit ist umso mehr notwendig, da neue Ausweisungen den zu verurteilenden, denen in erster Linie sozialdemokratische Führer zum Opfer fallen dürften, die zugleich auch die Führung im Kampf des Saargebietes gegen französische Übergriffe haben. Der zweite deutsche Protest bezog sich auf den Begriff „Saarbewohner“, aber, wie die Franzosen in ihr geltend haben, „Saarländer“. Nach dem Friedensvertrag ist das Saargebiet kein selbständiger Staat, sondern ein Teil Frankreichs, der auf 15 Jahre einer Regierungskommission unterstellt ist. Dann erst soll durch Abstimmung die Entscheidung über die staatsrechtliche Zukunft dieses Gebietes fallen. Die Regierungskommission des Saargebietes versucht aber jetzt schon, eine Staatsangehörigkeit des Saargebietes zu schaffen, und will dadurch die politischen Rechte, die den Deutschen als Eingewohlenen im Saargebiet zustehen, auch auf Ausländer übertragen. Des ferneren protestierte Deutschland gegen die Annahmehaltung französischer Truppen im Saargebiet, die in Stärke von 7-8000 Mann nach wie vor dort untergebracht sind. In seiner ersten Sitzung zu Anfang des Jahres 1920, hatte der Völkerbundsrat entschieden, daß fremde Truppen bis zur Einrichtung der deutschen Gendarmerie im Saargebiet verbleiben sollten. Obwohl dies schon geschehen ist, verbleiben die französischen Truppen. Man sucht sie da und dort als Garnisonstruppen zu bezeichnen, tatsächlich aber als eine Militärgarantie d. h. Teil über die Zivilbevölkerung, sind also Besatzungstruppen. Natürlich häufen sich die Beschwerden gegen diese fremden Truppen, unter denen sich auch Herabgabe befinden. Die Regierungskommission verzögert den Ausbau der deutschen Gendarmerie und erklärt, an ein Zurückziehen dieser Truppen könne erst gedacht werden, wenn ein Gefühlswechsel (!!) der Bevölkerung festzustellen wäre. Inzwischen stellt Frankreich bereitwillig seine Truppen.

Wie die P. P. R. weiter hören, haben in den letzten Tagen in Berlin Verhandlungen mit einer Abordnung der Regierungskommission des Saargebietes stattgefunden, die sich jedoch nicht auf politische Fragen bezogen, sondern die Regelung verwaltungstechnischer und finanzieller Angelegenheiten bezweckten. Das ist bei einem Teil der Frage auch gelungen.

Seit einiger Zeit ist auch ein Schriftwechsel zwischen der deutschen und französischen Regierung im Gange wegen Bezahlung derjenigen Bewohner des Saargebietes, die im Anschluß an den Beamtenstreik des letzten Jahres durch französische Militärgelächter verurteilt worden waren und in französischen Gefängnissen ihre Strafen abbüßten.

## Saarkohle für Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Da Frankreich außerstande ist, die Förderung der Saargruben voll aufzunehmen, erstreckt das Saargebiet im Kohlenüberfluß, der allerdings nicht der Bevölkerung zugute kommt, sondern auf den Halben lagert. Die Folge davon ist, daß sich die französische Grubenverwaltung zu Preisermäßigungen verstehen mußte. Freilich wird nun versucht, für den Saarkohlenüberfluß neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. So versucht die Grubenverwaltung u. a. auch den Verein der Saarkohlenhändler, bei vor dem Kriege bestand, zu gewinnen, um ihn für einen Vertrieb der Saarkohle nach Deutschland wieder aufleben zu lassen. Wie verlautet, haben kürzlich in dieser Angelegenheit Besprechungen in Ramstein stattgefunden.

## Gefährliche Lehren!

In der interessant und geistreich geschriebenen Broschüre „Europa und der nächste Krieg“ beweißt der bekannte unabhängige Wirtschaftspolitiker Engelbert Graf an der Hand eines wertvollen und sehr geschickt zusammengestellten statistischen und anderen Materials, daß der bestehende Weltzustand zwischen England und Amerika mit Notwendigkeit zu einem Kriege zwischen beiden Ländern führen wird. Tiefe und ähnliche Ansichten sind auch in unserer Partei verbreitet. Man geht von der Tatsache aus, daß die höchste Stufe des Kapitalismus, der Monopolkapitalismus, seinen Höhepunkt noch nicht überschritten, ja noch garnicht erreicht hat. Die Schlussfolgerungen sind dann folgende: Die Bewegung des Imperialismus, sich auszubehnen, führt zu kriegerischen Verwicklungen. Der größte und weltwirtschaftlichste Gegensatz besteht jetzt zwischen England und Amerika. Dieser Gegensatz wird sich — seinen natürlichen Gesetzen folgend — immer weiter zuspitzen und kann seine Lösung nur in einem gewalttätigen Auseinanderstoßen finden.

Diese Schlussfolgerungen — so beschränkt sie auch erscheinen — sind nicht nur falsch, sondern auch äußerst gefährlich. Sollten sie Eingang auf die deutsche Politik gewinnen, so könnten sie zu Fehlern verleiten, die schwer oder gar nicht wieder gut zu machen sind.

### England und Amerika.

Die leicht solche Schlussfolgerungen zu einem Trugschluss führen, dafür nur ein Beispiel: Graf wertet Frankreich nicht nicht als selbständigen Faktor in der Weltpolitik. Nur durch den Gegensatz zwischen England und Amerika, und weil beide versuchen, Frankreich als Verbündeten auf ihre Seite zu ziehen, kann Deutschlands weltlicher Nachbar heute noch gegen das deutsche Volk, wie überhaupt in der Welt, eine Rolle spielen, die eigentlich schon längst weit über seine Kraft geht. — Das ist — soweit es Frankreich betrifft — zweifellos richtig. Aber Graf geht noch einen Schritt weiter: Er glaubt, Frankreich heute nur noch die Rolle eines Alliierten eines vorgeschobenen Potens Amerikas gegen England zu spielen zu müssen. Diese Ansicht, sowie die von der Gefahr eines bevorstehenden englisch-amerikanischen Konfliktes sind heute schon — wenige Wochen nach dem Entstehen der Welt — durch die Ereignisse überholt: Frankreich ist in seinem Vorgehen gegen Deutschland von Amerika keineswegs unterstützt worden, sondern England und Amerika haben gemeinsam Frankreich ein halt gegeben. Weiter steht fest, daß in den letzten Wochen eine d. e.

deutsche Annäherung zwischen England und Amerika erfolgt ist.

### Imperialismus und Kriege.

Schon diese Annäherung zwischen England und Amerika — trotz ihrer weltwirtschaftlichen Gegensätze — dürfte der Theorie von der unabwehrbaren Verknüpfung von Imperialismus und Kriege einen schweren Schlag versetzen. Aber nicht nur für diesen soll er beweisen sich der Schluß als falsch, daß weltwirtschaftliche Gegensätze zu einem kriegerischen Zusammenstoß führen müssen. Es sei nur an den Gegensatz zwischen England und Deutschland vor dem Kriege erinnert. Auch den Nationalisten aller Länder wird wohl niemand behaupten wollen, daß der Weltkrieg — wenn nicht 1914 — aber kurz oder lang doch gekommen wäre. (Daher dürften freilich die Ansichten auch in unserer Partei auseinandergehen. V. Reb.) Es sei nur darauf hingewiesen, daß gerade im Juni 1914 die deutsch-englische Politik zu einer Entspannung und in neue, friedlichere Bahnen gelenkt wurde (Abschluß von Handelsabkommen, die wirtschaftlich, wie politisch von weitgehender Bedeutung waren) und man geht wohl nicht fehl mit der Behauptung: Wenn es der deutschen oder einer anderen Diplomatie gelungen wäre, den Kriegsausbruch 1914 noch einmal zu verhindern, so war die Kriegsgeschichte überhaupt auf unbestimmte Zeit überunden, weil die eigentliche Krise im Juni 1914 ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte.

### Einfluß auf die deutsche Politik.

Es soll und kann natürlich nicht die Möglichkeit bestritten werden, daß die weltwirtschaftlichen Gegensätze, sowie der imperialistische Ausdehnungsdrang der einzelnen Länder zu neuen Kriegen führen können. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß aus ihnen neue kriegerische Verwicklungen entstehen. Wir wenden uns nur auf das Schriftliche gegen die Ansicht, daß sie zu neuen Kriegen führen müßten! Machten wir uns die Anschauungen Graf zu eigen, hätten wir mit der Gewißheit eines Krieges zwischen England und Amerika zu rechnen. So wären der deutschen Politik ganz bestimmte Aufgaben gestellt. Um so mehr, da ja Deutschland und Mitteleuropa bei diesem Konflikt nicht unbeteiligt bleiben würden, sondern zum mindesten als Objekt, als Teil des Kampfes, dem Sieger zufallen. Für die deutschen führenden Politiker läge die Befreiung sehr nahe, nach der einen oder der anderen Seite Zählung zu nehmen.

Da es jedoch — wie oben gezeigt wurde — keineswegs immer zu einem Kriege kommen muß, da vor allem auch die Möglichkeit

## Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 23. Juni. Obgleich George und die Vertreter der Bergwerksbesitzer und Bergleute auf Montag zu einer gemeinsamen Besprechung ein.

London, 23. Juni. Die Einberufung der gemeinsamen Besprechung der Regierung, der Bergwerksbesitzer und der Bergleute zum Montag ist auf Verlangen der Bergleute gegeben.

## Das Ende des Traums von der Weltrevolution.

London, 23. Juni. Die „Morningpost“ aus Moskau meldet, ist in Moskau der dritte Kongreß der dritten Internationalen eröffnet worden. Der augenblickliche Vorsitzende Sinowjew erklärte Vertretern der ausländischen Presse, das Problem des Kongresses sei eine Offensive des Proletariats in naher Zukunft (Sinowjew scheint sich mit aller Gewalt lächerlich machen zu wollen. Die Red.) vor. Einer der wichtigsten Punkte des Programms sei die Zusammenfassung aller Kräfte auf die Propaganda und Revolutionstätigkeit im Osten. In einer vor Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede erklärte Volkskommissar Trotski, wir müssen mit dem Revolutionsgeist (!) nicht nur den Westen bearbeiten, sondern auch den Osten und vor allem die östlichen Kolonien der Großmächte, auf die der Kapitalismus augenblicklich seine Hoffnung baut. Wir haben unsere Illusionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruches einer Weltrevolution begraben. Der kommende Kampf wird ein sehr blutiger sein. Die Frau werde nicht die passive Rolle von Pflegerin und barmherzige Schwester übernehmen, sie werde mit den Männern in den ersten Reihen des Proletariats kämpfen.

## Valuta, Industrie und Welthandel.

Nach den englischen Neuierungen führender Wirtschaftskreise der Entente über die Folgen großer deutscher Warenlieferungen Deutschlands auf Grund der Reparationsforderungen und über die Gefahren für die Weltwirtschaft der Entente, wehren sich nun auch die beteiligten Staaten gegen die deutschen Vorzahlungen in amerikanischer Währung. Die durch den starken Kauf amerikanischer Dollars durch Deutschland bewirkte Steigerung des Wertes der amerikanischen Valuta drückt natürlich — weil der Dollar das gegenwärtige Standardgeld der Welt ist — in gleichem Maße auf den Wert des Geldes der anderen Staaten, Frankreich und England haben schon Alarmrufe über diese Schädigung ihrer Valuta ausgehen und verlangt, daß die Berechnung der deutschen Leistungen in Dollars auf die deutschen Dollarkäufe, die dadurch nötig werden, abgebunden werden. Nun regt sich auch Amerika. Der amerikanische Handelsminister Hoover fordert jetzt, daß die von der Reparationskommission beschlossene Zahlungspolitik nicht weiter verfolgt werde, weil dadurch die Interessen Amerikas geschädigt würden. Amerika hat nämlich keine Ursache, mit dem hohen Stande seiner Valuta zufrieden zu sein. Die überragend hohe Kaufkraft seines Geldes schädigt seine Stellung auf dem Weltmarkt und seinen inneren Industriemarkt in doppelter Hinsicht. Erstens kann Amerika mit dem teuren Dollar so billig in der Welt einkaufen, daß dadurch die Fabrikation im eigenen Lande für den inneren Bedarf gehemmt wird; die ausländischen Industrieprodukte sind natürlich um vieles billiger, als die mit den hohen amerikanischen Löhnen erzeugten — die amerikanische Industrie kann nicht mehr konkurrieren. Zweitens sind die auswärtigen Staaten, die sonst amerikanische Waren gekauft haben, nicht mehr in der Lage, bei dem teuren Dollarkurs soviel wie früher von dort zu kaufen. Und außerdem werden sie überall, wo von anderen Ländern mit billigerer Valuta die gleichen Waren hergestellt werden wie in Amerika, auf den Verkauf nichtamerikanischer — also billigerer Waren verfallen. Der amerikanische Arbeitsmarkt ist gefährdet. Die Arbeitslosigkeit muß umso mehr steigen, je wertvoller der Dollar ist.

Diese Ungünstigkeiten und Gefahren für die Entente sind die Folge der Reparationsforderungen. Sie müssen noch steigen, wenn nicht eine grundlegende Erleichterung für Deutschland erfolgt. Für uns ist dies ein neuer Beweis, daß in wirtschaftlichen Dingen Anordnungen und Beschlüsse vom grünen Tische aus Unsinn sind und die eigenen Väter strafen.

eines englisch-amerikanischen Krieges in weite Ferne gerückt ist, so kann nicht nachdrücklich genug auf die Gefährlichkeit einer solchen falschen politischen Einstellung aufmerksam gemacht werden.

### Und wie Sozialisten?

Gerade wir als Sozialisten haben die Pflicht, gegen diese beschränkten und fatalistischen Anschauungen Front zu machen, daß Kriege kommen müssen, das heißt unabwendbar sind. Wenn wir auch wissen, daß eine Gewähr gegen den Ausbruch neuer Kriege einzig und allein in dem Vorhandensein einer starken Internationalen gefunden werden kann und wenn wir auch wissen, daß wir diese Gewähr heute nicht haben, weil eine starke Internationale fehlt, so gibt es doch noch andere Gründe, die gegen den Ausbruch eines neuen großen Krieges sprechen.

Der Weltkrieg hat gezeigt, daß seine Folgen nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger, ja sogar für die Unbeteiligten (Neutralen) einfach grauenvoll sind. Diese Erkenntnis regt natürlich nicht von heute auf morgen in den Köpfen der Massen. Aber sie wird sich einmal Bahn brechen. Und in dem gleichen Maße wird die Abwehr gegen kriegerische Verwicklungen wachsen, nicht zum mindesten in den Ländern, die bei dem betreffenden Konflikt zunächst nicht beteiligt sind, deren Druck aber gerade deshalb von ausschlaggebender Bedeutung sein kann.

Wie mit dem Erstarken des Kapitalismus auch die proletarischen Gegenorganisationen wuchsen, so sehen wir hier, wie die kriegerischen Reigungen des Imperialismus pazifistische (friedensfreundliche) Strömungen ins Leben rufen. Diese gilt es mit allen Mitteln zu stärken, zu unterstützen und zusammenzufassen. Entgegenzutreten aber müssen wir der falschen und gefährlichen Theorie, daß Kriege kommen müssen, daß wir uns mit dieser Tatsache abzufinden haben, und daß daher das Eintreten für den Friedensgedanken sinn- und zwecklos ist.

Für diesen und auch nicht dadurch Seiten lassen, daß die organisierte Arbeiterkraft im Angriff noch zu schwach ist (s. E. um den Sozialismus heute zu verwirklichen). Bis hat aber Beweisen, daß allein der Verteidigung oft unabwehrlich ist, obwohl gegen Fische im Innern (beim Kapp-Putsch), wie auch gegen die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen (bei den Übergriffen der englischen Imperialisten gegen Rußland). Handeln wir danach!

Kurt Heilbut.

\*) Die nach Abschluß des Artikels eingegangene Nachricht von dem Zustoß der französischen Flotte in Amerika beweist ebenfalls die Richtigkeit der gemachten Ausführungen.

## Die große Illusion.

Von Friedr. Dill, Oberfeld.

Churchill, der gemessene Kriegsminister in England, hat in Manchester eine Rede gehalten, die nicht nur deshalb bemerkenswert ist, weil aus ihr der Zwang und die Notwendigkeit spricht, die Verführung der europäischen Mächte herbeizuführen. Churchill, der Mann der goldenen und silbernen Ägeln, führt aus, daß die Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den alliierten und assoziierten Mächten logischerweise ganz bestimmte Rückwirkungen auf den deutschen Wirtschaftskörper und den deutschen Ein- und Ausfuhrhandel zeitigen werden. Er berührt damit das große Geheimnis jeder Volkswirtschaft, die Zahlungsbilanz dadurch positiv zu gestalten, daß die Einfuhr eingeschränkt und die Ausfuhr möglichst so hoch wie möglich emporgeschraubt wird. Deutschland ist durch die Annahme der ultimativen Beschlüsse vom 5. Mai kurzweg die Schuldnation der Welt geworden. Es schuldet seinen ehemaligen Gegnern Milliarden, die naturlicherweise nicht in Gold, sondern zuguterletzt in Waren und Warenwerten abgetragen werden können. Dadurch ist es gezwungen, da es mit Ausnahme von Kohle und Kalk über fast gar keine Rohstoffe verfügt, Waren zu exportieren.

Churchill meint, sobald diese Waren für den Wiederaufbau in der Gesperrter- und Stacheldraht-Zone Nordfrankreichs bestimmt sind, erfüllen sie in der Weltwirtschaft die Aufgabe, das Vakuum zu füllen, das durch den Krieg künstlich geschaffen wurde. Aber für die englische und amerikanische Industrie habe diese überspannte Ausfuhr von deutschen Waren nicht nur von vornherein eine schädliche Wirkung. Betrachtlicher und einschneidender ist die Wirkung für die Zukunft. Der Engländer prägt den Satz: Wenn es Deutschland gelingen sollte, während der nächsten 40 oder 50 Jahre seine Schulden an jedermann abzubezahlen, so würde Deutschland durch diesen Prozeß Herr jeden Marktes in der Welt und die größte Ausfuhrnation, die man je erlebt hat, geworden sein.

Die Begründung, auf der Churchill seine Schlüsse aufbaut, interessiert uns jetzt weniger. Wenn man seinem Gedankengang folgt, möchte man im Augenblick glauben, es handele sich um eine Antidumpingrede, und der kluge Psychologe suche in ihr nach dem Mittel, den Widerstand der englischen Presse und der Kreise der hohen Finanz gegen das Antidumpinggesetz niederzuschlagen, dessen zweite und dritte Lesung in nächster Zeit vor sich gehen soll.

Dem ist nicht so. Die Ausführungen Churchills, dem man geistige Elastizität und schnelles Erfassen großer Gedanken nachsagt, sind von anderer Sorge durchglüht, als von der um einen Schutzkrummel. In Wirklichkeit ist die Dumpingzeit für Deutschland, die 1919 die nutzlose Fabrikation von Munition ablöste, längst vorbei. Wo Deutschland noch Rudimente hat, werden sie unter dem Zwange seiner finanziellen Verpflichtungen bald aus der Welt geschafft sein. Der Gedanke einer Exportabgabe war immer spezifisch englisch. Die anderen Staaten, selbst Frankreich, vor allen Dingen Italien, haben sich seitnerzeit mit Widerwillen für die 50 Prozent Einfuhrabgabe auf deutsche Waren erklärt. Und das Schicksal der verschiedensten Gesehensvorlagen für die Einführung der 50 Prozent Abgabe in Polen, Griechenland, Rumänien, Jugo-Slawien, Belgien usw. ist äußerst lehrreich. Durch die Abgabe auf den deutschen Export nach dem Ultimatum vom 5. Mai hat England tatsächlich seine verlangte Schutzmaßregel gegen die deutsche Produktion und den Weltmarktpreis und den deutschen Verkauf unter Produktionspreis. Dazu kommt der Schutz der heimischen Schlüsselindustrien, den das englische Unterhaus am 12. Mai mit 238 gegen 72 Stimmen beschlossen hat, und der 33 1/2 Prozent vom Warenwert betragenden wird. Im übrigen wird die Entwicklung in Deutsch-

land wohl dahin gehen, daß sie die deutschen Einzelpreise mit den Weltmarktpreisen identifizieren, und damit ist das deutsche Dumping in der Welt als Motor für die deutsche Ausfuhr ausgeschaltet. Wie sich auch die deutsche Industrie herabzwingen muß, so geben sie uns doch den nötigen Schuß für die Ideenwege von Staatsmännern wie Churchill, die die wirkliche Verführung und den wirklichen Frieden anstreben, um einer großen irrenden Gefahr zu begegnen, und für die Richtigkeit der großen Illusion, die heute nicht nur in den Erzeugen der französischen Chauvinisten, sondern auch der deutschen Nationalisten zum Ausdruck kommt. Die Geschichte der Welt wird aber anders geschrieben, als es in den Behauptungen der Presse und auch in den amtlichen Reden sogenannter leitender Staatsmänner Manier ist.

Tiefere und bessere Überlegungen, als die der Abwehr des deutschen Dumpings, haben den Redner in Manchester geleitet: Weltwirtschaftliche Logik, der die bisherige Politik der alliierten und assoziierten Mächte ins Gesicht geschlagen hat. Kurz nach dem deutschen Zusammenbruch wurde die Politik dieser Mächte von der Fortsetzung des Gebrauchs geleitet, den Gegner politisch und wirtschaftlich schwach zu setzen und ihn für alle Zeiten niederzuhalten. Bald wurde aber das 60-Millionen-Poll rechts vom Rhein als Faktor in dem wirtschaftlichen Aufbau der Welt als Produzent und vor allem als Konsument unerträglich. Die für räumliche Fabrika von dem Wagen, der für die einzelnen Glieder wichtige Funktionen leisten soll und der verdorren muß, weil diese von ihm unterführten Glieder ihre Gegenleistungen kündigt, wiederholt sich. Die Durchführung einer elementaristischen Erdrosselungspolitik bedeutet die Ausschaltung von Millionen von Produzenten und Konsumenten. Dadurch wird das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt naturgemäß gelockert, und das bedeutet für die Wirtschaft Englands und Amerikas die Gefahr, auf die Winston Churchill in seiner Rede in Manchester hingewiesen hat.

Vor dem Krieg erschien ein interessantes Buch Norman Angells. Es war betitelt: „The great illusion“. In diesem Buche wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß die Wirtschaftsgeschichte der neueren Zeit bemessen habe, daß solche Staaten, die im Kriege unterliegen, ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau viel schneller vollzogen haben als die Sieger im Kriege, und daß die besiegten Staaten nach dem Verlauf einer gewissen Zeit nach dem Kriege wirtschaftlich kräftiger dastünden, als die siegenden Staaten. Norman Angell belegt seine Behauptung durch eine Reihe von treffenden Beispielen, so Rußland nach dem Kriege im Jahre 1905, Spanien nach dem Kriege 1808, Frankreich nach dem deutsch-französischen Kriege. Die innere Ursache wird darin gesehen, daß die siegenden Staaten nach einer kurzen aber großen Konjunktur — wir haben in Deutschland das beste Beispiel in den Ereignissen während der sogenannten Gründerjahre — nicht an schweren inneren Wirtschaftskrisen vorbeikamen. Tatsächlich blieb z. B. Frankreich nach dem Ertrag der fünf Milliarden, der sich ja am Ende der 70er Jahre in Deutschland wiederholte, verschont. Norman Angell stellt fest, daß 10 Jahre nach dem 70er Kriege die Wirtschaft Frankreichs besser dastand, als die Wirtschaft Deutschlands, und daß die 6 prozentige spanische Rente, die 1898 auf 42 1/2 gesunken war, sieben Jahre nach dem Kriege um Ruba schon wieder auf 90 dastand.

Nach den Berichten aus England und Amerika zu urteilen, hat in diesen Ländern, die in erster Linie auf den Export angewiesen sind — und der hochwertige amerikanische Dollar scheint den amerikanischen Export erdroffeln zu wollen — die Krise ungemein schärfere Formen angenommen. Die Rißern der Arbeitslosen überschreiten in beiden Ländern 6 Millionen. Die amerikanische Baumwoll-Erzeugung mußte bedeutend eingeschränkt, Kohlen- und Stahlpreise mußten erheblich herabgesetzt werden. Die englische Kohle kann mit der deutschen Spatohle nicht im Preise konkurrieren. Die

englische Schiffbau-Industrie liegt vollständig brach, während die Reparationsforderungen Deutschland die Notwendigkeit der Arbeitslosigkeit aufzwingen. Wenn die Ausführungen Norman Angells auch zum großen Teile zu verfehlen sind, so geben sie uns doch den nötigen Schuß für die Ideenwege von Staatsmännern wie Churchill, die die wirkliche Verführung und den wirklichen Frieden anstreben, um einer großen irrenden Gefahr zu begegnen, und für die Richtigkeit der großen Illusion, die heute nicht nur in den Erzeugen der französischen Chauvinisten, sondern auch der deutschen Nationalisten zum Ausdruck kommt. Die Geschichte der Welt wird aber anders geschrieben, als es in den Behauptungen der Presse und auch in den amtlichen Reden sogenannter leitender Staatsmänner Manier ist.

## Kleine Nachrichten.

### Die deutsche Musterwirtschaft in den Kolonien.

London, 2. Juni. Winston Churchill machte in der heutigen Sitzung d. Premierminister des britischen Reiches Mitteilungen über die englischen Kolonien und ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung. Bezüglich des Gebiets von Tanganjika, das durch den Friedensvertrag unter englische Aufsicht gekommen ist, erklärte Churchill, in diesem Gebiet sei während des Krieges eine derartige Umwälzung erfolgt, daß eine vollkommen neue Verwaltung eingeführt werden mußte. Großbritannien habe sich bemüht, zu erreichen, daß diese Verwaltung der früheren deutschen Verwaltung nicht nachstehe, infolgedessen habe sich im Laufe des Jahres ein beträchtliches Defizit ergeben. Die vom britischen Parlament verlangten Kredite reichten nicht aus. Daher sei zu befürchten, daß während eines oder zweier Jahre die Verwaltung des Gebiets von Tanganjika dem Gebiet nicht die gleiche Bahisfahrt werde geben können, wie sie zur Zeit der deutschen Herrschaft bestanden habe.

Mädchenhändler an der Arbeit. Das schreckliche und verurteilte Gewerbe des Mädchenhandels macht sich anscheinend in Berlin und anderen Städten wieder breit, um mit kalten Besprechungen unter Anwendung der verschiedensten Lockmittel arbeitslosen Mädchen, vornehmlich jene der minderbemittelten Klassen, ein entsetzliches Los zu bereiten. Unter der Vorpiegelung, daß sie Stellen als Hausangestellte, Buchmacherinnen, Hauslehrerinnen, Kontoristinnen erhalten können, werden sie in das besetzte Gebiet und auch in das Saarrevier gelockt, wo sie den für die französischen (schwarzen) Kolonialtruppen eingerichteten Vorlesern überantwortet werden. Soeben wurde ein Trupp von fünf jungen Mädchen, der nach der Pfalz gehen sollte, in Frankfurt a. M. angehalten. Nach Vernehmung der Mädchen und der begleitenden Frau wurden die Stellungsuchenden vor der Weiterreise gemahnt, da sie aller Wahrscheinlichkeit nach Mädchenhändlern in die Hände gefallen seien. Die Schapperin wurde vorläufig auf freiem Fuß belassen, da ihr Beihilfe zum Mädchenhandel nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Doch hat sich die Frankfurter mit der Berliner Polizei zum Zwecke weiterer Nachforschungen in Verbindung gesetzt. Man nimmt an, daß auf diesem Wege bisher etwa 400 Mädchen ins besetzte Gebiet verschleppt worden sind. Ihr Los ist ein unsagbar schreckliches, ihr selbstlicher und seelischer Untergang gewiß. Wer deshalb beratliche Stellen annehmen will, sollte es stets im Einvernehmen mit seiner Organisation tun.

## „König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„König Kohle.“  
Könnte denn ein Mann, dessen Körper vor Müdigkeit wie gelähmt war, den Mut finden, seinem Schachtaufseher gegenüber einen Protest auszusprechen? Könnte er, wenn seine geistigen Fähigkeiten durch körperliche Erschöpfung getötet waren, sich auch bloß eine richtige Vorstellung von seinen Rechten und dem ihm angebotenen Unrecht machen?

Gal war hierhergekommen, wie einer, der mitten im Ozean auf Deck geht, um das Toben der Stürme zu betrachten. In diesem Meer des sozialen Lebens, der Unwissenheit der Verarmung, erblickte man qualvollere emporgeschobene Geschlechter, sich kümmernde Leiber, aufgestreckte Hände, der Schirm ihrer Klagen warf sich gegen das Ohr, eine Gischt von Tränen und Blut spritzte hoch auf, befeuchtete die Wangen des Betrachters. Gal schloß sich bereits so tief in diesen Ozean versinken, daß ihm der Gedanke keines Trost mehr bot, er könnte fliehen, wenn er wollte, er könnte zu sich selbst sagen: Es ist traurig, ist schrecklich, doch, Gott sei Dank, liegt es in meinem Recht, abzuweichen! Ich kaun in den warmen, hellen leuchtenden Farben zurücksehen und den anderen Schiffspassagieren erzählen, wie mackerlich der Anblick ist, welche interessantes Erlebnis sie sich entgegen lassen!

Während dieser quälenden Tage ging Gal die rote Mary nicht belucken; eines Abends jedoch erschien sie bei den Minettis, um sich nach dem erkrankten Baby zu erkundigen und ihm einen Eierkuchen zu bringen. Gal empfand den meisten Reiz, besonders Geschichtslernen gegenüber, stets ausgesprochenes Mißtrauen. Frauen gegenüber jedoch war er völlig harmlos; es fiel ihm gar nicht auf, daß ein irisches Mädchen, dem seine eigenen häuslichen Sorgen reichlich zu schaffen machten, sich plötzlich um ein Dago-Baby kümmerte. Er dachte gar nicht daran, daß es im Kohlenrevier gequälte kranke irische Kinder gäbe, denen Mary den Eierkuchen hätte bringen können. Und als er Rosas Gesandten sah, die früher nie mit Mary zusammengetroffen war, hielt er es für die ruhrende Dankbarkeit der Armen.

In der Tat gibt es verschiedene geartete Frauen und kein Mann vermag sie alle zu durchschauen. Gal hatte den Bodnerinnenhans beobachtet, die Mädchen, die sich mit Spinnen und Webeschindeln, Seitenblicke warfen, auffallend lachen, um die Aufmerksamkeit des Mannes zu erregen; er war mit dem Typus der jungen Dame aus der Gesellschaft bekannt, die das gleiche Ziel mit mehr Bewandtheit und Grazie anstrebt. Gab es jedoch einen Typus, der kleine Dago-Kinder auf den Schoß nahm, ihnen zärtliche irische Kostworte zusprach und sie aus einem Koffel fütterte? Gal hatte nie von dieser Frauenvart vernommen, und er fand, daß die rote Mary ein hübsches Bild darbot, eine keltische Madonna mit dem sizilianischen Kind im Arm.

Er bemerkte, daß sie das gleiche verblödete, blaue Kottunfeld mit der gestickten Schulter trug. Obwohl er ein Mann war, begriff er doch, daß Aldeber im Leben der Frau eine bedeutende Rolle spielen; es deutete ihm, als sei das blaue Kottunfeld das einzige Gewand, da er es jedoch fast frisch geplättet sah, nahm er an, sie müsse zum wenigsten noch ein zweites haben. Wie immer dem auch war, nun sah sie hier, frisch und sauber, hatte mit dem reinen Kleid auch die verführerischen „Gesellschaftsmanieren“ angelehnt, schenkte und lachte, genau wie eine Schöne der Dagozeit, die sich für einen Gal gepudert und geschmückt hat.

Bei den früheren Zusammenkünften mit diesem interessanten jungen Mann war sie wahrlich und verdrossen gewesen; dies schien ihm abgesehen zu haben; vielleicht gelang es, ihn durch Weisheit und gute Souze zurückzugewinnen.

Sie neckte ihn mit seinem verbleibten Kopf und schmerzenden Rücken und erklärte, er solle zehn Jahre älter aus — eine Behauptung, die ihr Gal aufs Wort glaubte. Auch sprach sie darüber, daß er unter einem Strohalm arbeite. — Was anscheinend einen neuen Verlust von Kasse bedeutete. Dies war ein Mythos, an dem die Minettis teilzunehmen konnten; besonders der kleine Joseph, der viel Sinn für Witze hatte. Er berichtete auch Mary sofort, daß Kalk neue Stücke im fünfzig Dollar und eldliche Whiskey bei Callahan gefastet habe, und daß Mike Elfordia Gal ein „gutes Maultier“ nenne. Auch belagte sie den kleine Jerry bitter über den jetzigen Stand der Dinge — früher hatte ihm Gal allerlei schöne, neue Spiele gelehrt, nun war er fast zu müde, um sich mit

ihm abzugeben. Auch hatte der große Franz in früheren Tagen viele lustige Kladder gefungen; eines davon handelte von einem „Kessbaum“. Der kleine Jerry wollte wissen, ob Mary jemals so einen Baum gesehen; er wurde nicht müde, sich ihn vorzustellen.

Das Dago-Kind betrachtete Mary mit ernsthafter Miene, während sie das Baby fütterte und als sie auch ihm einen Koffel voll der süßen Speise hinhielt, rief es den Mund weit auf und leckte sich nachher die Lippen ab. Das war aber fein!

Als der letzte ausgekoffelt war, starrte Jerry neugierig auf die goldschimmernde Gaardone, die auf Marys Haupt lastete. „Sag“ — fragte er — „war Dein Haar immer so?“

Gal und Mary lachten und Rosa versuchte den Jungen zum Schmeigeln zu veranlassen; sie mußte nie, was er alles vorbringen würde.

„Frei!“ — entgegnete Mary. — „glaubst Du, daß ich es angefridren habe?“

„Ich weiß nicht“ — meinte der kleine Jerry. — „Es sieht so hübsch und neu aus. Richtig wahr?“ — wandte er sich an Gal.

„Natürlich“ — erwiderte dieser — „Du mußt ihr noch mehr darüber sagen; Mädchen lieben Komplimente.“

„Komplimente?“ — wiederholte der kleine Jerry. — „Was ist das?“

„Nun“ — sagte Gal — „wenn Du ihr zum Beispiel sagst, daß ihr Haar wie ein Sonnenstrahl ist, ihre Augen wie die Dämmerung sind, oder daß sie einer wilden Rose am Bergeshang gleicht.“

„O!“ — sagte der Dagojunge etwas verwirrt. — „nun, jedenfalls kann sie guten Eierkuchen machen.“

Als Mary sich anschickte, nach Hause zu gehen, schied sich Gal mit schmerzenden Gliedern, um sie zu begleiten. Sie betrachtete ihn mit ernsten Augen, es war ihr bisher nicht klar geworden, wie sehr er leide. Als sie zusammen dahinschliffen, sagte sie: „Warum übernehmen Sie eine solche Arbeit. Sie haben es ja nicht nötig.“ „Doch, ich habe es nötig; ich muß mir doch mein Leben verdienen.“

(Fortsetzung folgt.)

# 17. Generalversammlung der Maler und Weißbinder.

Die Generalversammlung der Maler usw. tagte vom 12. bis 18. Juni im Volkshaus in Frankfurt a. M. Sie war von 116 Delegierten und einer Reihe Gäste aus dem In- und Ausland besucht.

In seinem Geschäftsbericht betonte Verbandsvorsitzender Streine-Hamburg, die Hauptaufgabe des Verbandes wäre gewesen, die Löhne in Einklang mit den gesteigerten Lebensverhältnissen zu bringen. Durch die auf zentraler Grundlage geführten Lohnbewegungen sei es gelungen, die Löhne der Kollegen ganz wesentlich zu verbessern. Die Bestrebungen auf Sozialisierung im Baugewerbe habe der Vorstand unterstützt. Von den verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung sei auch der Maler-Verband nicht verschont geblieben. Der Beirat habe gegen 8 Stimmen die Bestrebungen, die auf eine Verpfändung der Gewerkschaften hinausgingen und diese in das kommunistische Fahrwasser treiben wollen, verurteilt. Der Verband müsse parteipolitisch neutral sein.

Den Rollenbericht erstattete Heinrich-Hamburg, der die Finanzverhältnisse des Verbandes als gute bezeichnete.

Redakteur Karl-Hamburg betonte in seinem Bericht, an der unbedingten Notwendigkeit der Geschlossenheit der Gewerkschaften dürfe kein Arbeiter mehr zweifeln. Es sei das Gebot der Stunde, für dieses Ziel einzutreten und alle Bestrebungen zu bekämpfen, die ihnen entgegenarbeiten.

Die Diskussion über diese Berichte verlief sehr sachlich. Die Redner erklärten sich mit der allgemeinen Tätigkeit des Verbandes einverstanden. Kritik wurde geübt am Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Dieser habe für die Durchführung der 10 Punkte in der Arbeitslosenfrage nichts getan. Auch in der Sozialisierungsfrage hätte der Bund mehr tun müssen. Die kommunistischen Redner wandten sich besonders gegen den Beschluss des Verbandsbeirates, in dem die Mitglieder, die sich hinter die dritte Internationale stellen, mit einem voll. Ausschluß bestraft wird. Es sei ein Unfug, zu verlangen, die Gewerkschaften sollten parteipolitisch neutral sein. Der Vertreter des A. D. G. Müller-Berlin wies die Normierte gegen den Bund als unberechtigt zurück. Der Gewerkschaftsbund habe alles getan, um die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu lindern. Notwendig sei eine zielbare Wirtschaftspolitik.

Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Er wurde beauftragt, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß bei Abschließen von Tarifverträgen die Forderung auf Gewährung von Ferien berücksichtigt wird.

Am dritten Verhandlungstag nahm der Verbandstag ein Referat des Landesgewerkschafts Dr. Kösch-München über „Die Arbeitslosen im Malergewerbe“ entgegen. Der Redner behandelte das Thema vom ärztlichen Standpunkte aus und als Gewerkschaftler. Er verlangte ein beschränktes Verbot von Kleinarbeiten und eine Verschärfung der bestehenden Schutzbestimmungen. Alle Maßnahmen müßten aber international durchgeführt werden. Nach einer längeren Diskussion stimmte der Verbandstag einer Entschließung zu, die besagt, daß in der Verwendung der giftigen Bleifarben eine schwere Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter des Malergewerbes und deren Angehörigen zu erblicken ist. Es wird das gesetzliche Verbot des Bleiweißes in der Heimerrichte zu Innen- u. Außenanstrichen gefordert.

Ueber den Bauarbeiterchutz verbreitete sich hierauf Gustav Heine-Berlin. Er verlangte besonders die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen.

Den Hauptberatungspunkt „Die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft“ behandelte Verbandsvorsitzender Streine-Hamburg. Er bezeichnete als Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter zu heben. Das Ziel sei, den Sozialismus zur Verwirklichung zu bringen. Der Kampf hierfür erfordere den Zusammenschluß von Hand- und Kopfarbeitern. Gegenüber den Bestrebungen, die Gewerkschaften in das kommunistische Fahrwasser hineinzuz-

treiben, müsse die Generalversammlung aussprechen, daß sie hinter der Antistandner Gewerkschaftsinternationale stehe, die mit ihren über 25 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einen kräftigen Wall gegen die internationale Kapitalmacht bilde.

In der Diskussion wurde einem Redner der kommunistischen Richtung eine Redezeit von einer halben Stunde gewährt. Dieser Redner, Volenz-Gotth, sprach in sehr gemäßigter Form. Auf die Moskauer Resolution ging er nicht ein, sondern versuchte lediglich nachzuweisen, daß man bei den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen mit den alten gewerkschaftlichen Kampfmethoden nicht mehr auskommen könne. Die Gewerkschaften müßten sich anpassen auf die kommenden großen politischen und sozialen Ereignisse. Die Kommunisten müßten die Antistandner Internationale entschieden ablehnen. Die weiteren Diskussionen leiteten in ihrer überwiegenden Mehrheit den Anschluß an Moskau scharf ab und sprachen sich für die Antistandner Gewerkschaftsinternationale aus.

Mit 105 gegen 12 Stimmen nahm der Verbandstag in namentlicher Abstimmung eine Entschließung des Vorstandes an, die ausspricht, daß die Generalversammlung hinter der Antistandner Gewerkschaftsinternationale stehe. Sie verurteilt alle parteipolitischen Bestrebungen, die die Gewerkschaften ihrer organisatorischen Selbständigkeit berauben, die politische Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder unterbinden und den für falsch anerkannten Methoden wirkenden Organisationen in Personen Einfluß verschaffen wollen.

Ueber „Zweck und Ziel der Sozialisierung des Baugewerbes“ hielt sodann Stadtbaurat Dr. Wagner-Berlin einen sehr interessanten Vortrag. Die Sozialisierung könne nur durchgeführt werden von Fachleuten. Die Gewerkschaften müßten die Träger der Sozialisierung sein. Es entständen hier den Gewerkschaften neue Aufgaben. Gewerkschaftsmittel für die Sozialisierung eingesetzt, bedeute produktiv angelegte Mittel. Bei der Sozialisierung des Baugewerbes, der Errichtung sozialer Baubetriebe, müßten Hand- und Kopfarbeiter zusammenarbeiten. Ein Anfang in der Sozialisierung des Baugewerbes sei gemacht in den sozialen Baubetrieben, die nicht mit Privatkapital, sondern mit den Mitteln der Allgemeinheit arbeiteten.

An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Aussprache in zumeist zustimmender Weise. Die Errichtung sozialer Baubetriebe wurde warm befürwortet. Der Verband müßte die sozialen Baubetriebe finanziell unterstützen. Wegen etwa 20 Stimmen nahm der Verbandstag eine Entschließung an, die den Vorstand beauftragt, die Sozialisierungsbestrebungen auch weiterhin energisch zu fördern und andere Mittel als bisher hierfür aufzuweisen. Den Vorschlag wird empfohlen, sich an dem Wirken der Pauschätenbetriebsverbände aktiv zu beteiligen.

Nach einer sehr eingehenden Beratung der Frage Gründung eines allgemeinen Baugewerkschaftsbundes, in der einzelne Delegierte auch für eine allgemeine Arbeiterunion eintraten, stimmte der Verbandstag einer Erklärung zu, die sich grundsätzlich für die Gründung eines allgemeinen Baugewerkschaftsbundes ausspricht, aber als Bedingung setzt, daß auch die anderen bauwirtschaftlichen Verbände dem Zusammenschluß zustimmen. Die Verhandlungen über den Zusammenschluß sollen beschleunigt werden. Am 6. Verhandlungstag nahm der Verbandstag die Statutenberatung vor. Wesentliche Änderungen des Statuts wurden nicht vorgenommen.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden gegen 6 kommunistische Stimmen wiedergewählt. Damit waren die wichtigsten Arbeiten des Verbandstages erledigt.

## Bewerkschaftliches.

Ein Urteil für den achtstündigen Arbeitstag. Das Oberlandesgericht Adelsberg hat kürzlich als Revisioninstanz ein sehr beachtenswertes Urteil gefällt, das der „Sozialen Praxis“ mitgeteilt wird. Ein Arbeitgeber in einem größeren Maschinenbetriebe überausend hatte seine Arbeitnehmer mit ihren Willen länger

sich diesmal um einen Rückschlag von ganz besonderer Artensität handelt, wie wir ihn bei gleichartiger Wetterlage auch nur annähernd seit dem Jahre 1899 nicht mehr erlebt haben. Freilich sind Fröste und Schneefälle im Juni an sich auch in der Zwischenzeit schon mehrfach beobachtet worden, aber dann war diese außergewöhnliche Abkühlung bei weitem nicht so verbreitet wie diesmal, und infolge weit höherer Tagstemperaturen hatte das Witterungsstadium vor elf Jahren nicht diesen ausgeprägten nachwintertischen Charakter.

Fragen wir nach der Ursache der Kälterückfälle des Juni monats, so finden wir, daß sie eine Reaktion auf die vorangegangene rasche Erwärmung der mittelländischen und osteuropäischen Landmassen bilden. Der Ozean ist, da sich die Wassermassen weit langsamer erwärmen als das Festland, zu dieser Jahreszeit noch ziemlich kühl, und daher kommt es, daß sich der höchste Luftdruck im Juni über dem nördlichen Atlantik verlagert während die Depressionen, deren Bahn ja stets nach den wärmsten Gebieten gerichtet ist, die Verlagerung über dem europäischen Festland vorziehen. Diese Druckverteilung bedingt in Wechselwirkung zwischen dem westlichen Hoch und dem östlich davon verlagerten Tief nordwestliche Winde vom Nordhang des atlantischen Maximums, und diese kalte Strömung hat die empfindliche Abkühlung im größten Teil Europas zur Folge.

Aber letzten Endes ist es auch gerade diese Abkühlung, die schließlich wieder eine günstigere Gestaltung der Luftdruckverteilung und damit den Wiedereintritt sommerlicher Witterung bedingt. Die empfindliche Abkühlung über dem Festland führt dann zur Zunahme des Luftdrucks; das atlantische Maximum verlagert sich über dem Kontinent, und sobald infolge dessen die Bewölkung schwindet, führt die Sonne rasche Wiedererwärmung herbei. Die sich unter der Wirkung warmer Anlandwinde sogar oft binnen wenigen Tagen wieder zu beträchtlicher Höhe steigert. Wir brauchen also die Hoffnung, daß es noch einmal Sommer wird, nicht aufgeben, und können unsere Winterhosen ruhig im Wollkasten lassen. Moritz Loeb.

Zett hindurch täglich mehr als acht Stunden beschäftigt. Er wurde vom Landgericht freigesprochen, jedoch hat das Oberlandesgericht die Strafbefreiung des Arbeitgebers aufgehoben. Der achtstündige Arbeitstag, so heißt es, sei als Folge der Revolution die Verwirklichung einer alten Arbeiterforderung. Sie bezwecke den Schutz gegen die Ausnutzung der Arbeitskraft. Das zwingt, anzunehmen, daß die Arbeiter auch vor der Ausbeutung durch sich selbst geschützt sein müßten, ebenso wie die Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes, der Gewerbeordnung usw. nicht durch die Zustimmung der beteiligten Arbeiter aufgehoben werden könnten. Strafbar sei allerdings nicht der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber, der diese Vergehen zuläßt.

## Volkswirtschaftliches.

Die Kosten der Lebenshaltung in England. Der Parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsbundes, die Labour Party und der Gewerkschaftsverband haben einen Untersuchungsausschuss über die Kosten der Lebenshaltung eingesetzt, der auf der Grundlage der wöchentlichen Ausgabe einer Durchschnittsfamilie feststellen sollte, wie sich in England die allgemeinen Ausgaben verändert haben. Dabei hat sich ergeben, daß die vom Arbeitsministerium veröffentlichten Indizes zu niedrig sind. Diese geben die momentanen Kosten der Lebenshaltung mit 128 Prozent über dem Friedensstand an, während der Ausschuss 178 Prozent über 1914 errechnet. Die Regierungsstelle hat durch ihre Methode berechnet, daß seit September vorigen Jahres die Indizes für Lebenshaltungskosten um 89 Punkte, der Ausschuss dagegen, daß sie nur um 11 Punkte gesunken ist. Nach diesen Berechnungen müßte ein Arbeiter, der 1914 25 Schilling verdient, im September 1920 79 Schilling 8 Pence bekommen (nicht wie das Arbeitsministerium berechnet 85 Schilling 8 Pence), um ebenso gut leben zu können. Diese Untersuchung hat darum mehr als rein theoretischen Wert, weil nach Schätzung des Arbeitsministeriums vom 8. März in England über 1 1/2 Millionen Arbeiter im Verhältnis zur Bewegung der Indizes entlohnt werden. Ein Vergleich dieser Ausgaben mit Berechnungen der deutschen Indizes, wie sie heute verschiedentlich versucht werden, ist nicht möglich, da die Grundlagen der Berechnungen verschiedene sind. Allerdings ist ersichtlich, daß die Teuerung in Deutschland unverhältnismäßig viel größer ist als in England.

## Soziales.

Erhöhung der Wochenhilfe in Deutschland. Ein dem deutschen Reichstag zugegangener Gesetzentwurf beantragt eine Erhöhung der Unterstützung in folgendem Ausmaß: Weibliche Versicherte (Reichsversicherung oder Krankenversicherung) erhalten als Wochenhilfe einen einmaligen Beitrag von 100 Mark zu den Entbindungskosten, ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 8 Mk. täglich für 10 Wochen; ferner eine Beihilfe bis zu 25 Mark für Gebarmutter und ärztliche Behandlung, sobald ein Stützgeld, solange sie ihre Kräfte verloren haben, in Höhe des halben Krankengeldes, mindestens 1.50 Mark täglich 12 Wochen hindurch. So kärglich diese erhöhten Zuschüsse immer noch sind, sie häufen sich für die öffentliche Hand zu riesigen Summen an. Der Mehraufwand wird für die Frauen auf 54 Millionen und für das Reich auf 71 Millionen veranschlagt.

## Aus aller Welt.

Die Seeschlange der Neuzelt. In Neuyork beschäftigt man sich eingehend mit dem Verschwinden von drei amerikanischen Kampfern. Vor einigen Tagen verschwanden nämlich die amerikanischen Postschoner „Carroll-Deering“, „Bath“ und „Mave“. Die Schiffe wurden an der Küste von Carolina vorgefunden. Die Lische waren zum Essen gebackt, aber Kapitän und Besatzung waren spurlos verschwunden. Zur Zeit der Entdeckung war das Wetter einige Tage schön gewesen. Einige Tage vorher war eine Flaute an Land gespült worden, in der ein Steuermann die Nachricht gegeben hatte, daß das Schiff von einem Unterseeboot angehalten und die Besatzung zum Übersteigen gezwungen worden sei. Es wird nun angenommen, daß die Schiffe für die Sowjet-Regierung beschlagnahmt werden sollten. Die amerikanischen Konsulatsbeamten an den größten Hafenstationen der Welt sind angewiesen worden, nach den Besatzungen auszufragen. Man hält es für möglich, daß sie ermordet und ihre Leichen in die See geworfen wurden. Man erinnert sich auch wieder, daß vor einiger Zeit in der Nähe von Gibraltar die amerikanische Brigade „Mary Celeste“ treibend vorgefunden wurde. Auch hier war von dem Kapitän und seiner Familie nichts zu entdecken. Ebenfalls wenig von der Besatzung. Es fehlten nur der Chronometer und die Seepapiere.

Der Mann mit den vierzehn Bräuten. Nicht weniger als vierzehn Bräute hat nach seinem eigenen Geständnis ein Geiratschwindler, der bereits von 24 Städten aus, gesucht wurde, bis es jetzt gelang, ihn in Erlangen festzunehmen. Er ist ein 31 Jahre alter, aus Jülichau gebürtiger Erich Gruber, der früher Forstschreiber war. Wegen Geiratschwindel zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, wurde Gruber Ende Dezember v. J. nach Verbüßung seiner Strafe in Zwickau entlassen. Sofort nahm er seine Spezialität wieder auf und fand bereits wieder 14 Mäntel und Mädchen, die ihm in die Falle gingen. In der Uniform eines Forstschreibers, spiegelte er ihnen vor, der Vater seiner verstorbenen Frau, sei Forstmeister und seine eigene Laufbahn in der Forstverwaltung sei ausbleibend und gesichert. Sobald er die eine Braut oder auch deren Eltern genügend ausgebeutet hatte, verschwand er an einen anderen Ort und suchte und fand dort eine neue. So reiste er, von den Schwindeldosen gut lebend, kreuz und quer durch das ganze Reich.

Reiteret in einem französischen Regiment. „Journal du Peuple“ meldet: Von etwa 200 demobilisierten Soldaten des 148. Infanterieregiments wurden im Amberburg, Département du Rhone, gewalttätige Kundgebungen veranstaltet. Offiziere des Regiments wurden beleidigt. Die Militärbehörden ergriffen strenge Disziplinarmassnahmen.

Seine Heiligkeit der Pape. Der jetzt zu Italien gehende Papst hat auf dem Brenner einen brennend lichterlohigen Feuerwehrt der österreichischen geliebten Gräfin mit zu Hilfe — wird aber von den italienischen Grenzposten nicht durchgelassen, weil sie keine Pässe mit italienischer „Einreisegenehmigung“ hatte. So ist es richtig, daß seit 11 nicht!

Französische Schiffahrtverleumdungen. Im Kriegshafen Vortout haben Artilleriebeschützungen der französischen Flotte begonnen, wobei der ausgelieferte deutsche Kreuzer „Thüringen“ als Ziel dient. Die „Thüringen“ ist in Cherbourg und Vrest alles brauchbaren Materials entleert und für die Benutzung als Schiffshebe hergerichtet worden. Es handelt sich bei den erwähnten Schießungen um ein Versuchsfeuer auf Wasserungen bis zu 12 000 Meter, wobei um die Erprobung von Granaten, die die Lärme der Kriegsschiffe in Brand legen sollen. Chemnitz deutsche II-Boote dienen als Ziel für Bombenversuche. Man sieht, Frankreich rümpelt kräftig ab.

## Der große Wettersturz.

Die außerordentlichen Temperaturverhältnisse, mit denen uns der gegenwärtige Monat Juni überrascht hat, werden nicht so bald in Vergessenheit geraten. In verschiedenen Gegenden Mitteleuropas, beispielsweise in den höheren Lagen des Erzgebirges, hat es in den Tagen unmittelbar vor dem Sommerbeginn wiederholt geschneit. Auf dem Fichtelberg und auf dem Brocken ist das Thermometer bis auf 2 Grad Kälte gesunken, gar nicht zu reden von der Schneefippe, wo bei 5 Grad Kälte anhaltend Schneetreiben geherrscht hat. Das in der Ebene Nachfröste bisher nur selten vorgekommen sind, ist schließlich auf die meist herrschende dicke Bewölkung zurückzuführen. Weil vom Gefrierpunkt sind nachts die Temperaturen abnehmend nicht eisener. Tagsüber zeigt die Witterung in Mitteleuropa ein Bild, das man am besten als „Aprilwetter“ kennzeichnen: unter fortwährendem Regen- und Graupfegeln und kalten Nordwestwinden schwankt das Thermometer um 10 Grad Wärme herum. Die hier und da das Bewölkt durchdringende Sonne wärmt zwar infolge ihres jetzt erreichten Höchststandes, aber der scharfe Nordwest läßt selbst die Höchsttemperaturen 10 Grad Celsius nicht nennenswert übersteigen, und vielfach ist in Deutschland während der letzten Tage selbst dieser Wert nicht erreicht worden. Wenn wir berücksichtigen, daß am 4. und 5. Juni das Quecksilber bis auf 35 Grad Wärme gestiegen war, so haben wir den auffernahmigen Beweis für diesen ungemein trassen Rückfall aus dem Hochsommer in den Nachwinter.

Seit rund 75 Jahren ist es im mittleren Norddeutschland während der Zeit der Sommermonate nicht mehr so kalt gewesen wie in diesem Jahre. So lagen beispielsweise in Berlin während der Tage vom 19. bis 22. Juni die mittleren Temperaturen niedriger als jemals seit dem Jahre 1848, und der Tag des Sommeranfangs, der 21. Juni, war mit einem Tagesmittel von nur 14 Grad um volle 2 1/2 Grad kälter als der bisher kälteste Tag dieses Datums, der in das Jahr 1855 fiel. Auch dieser Umstand läßt erkennen, daß es

# Danziger Nachrichten.

## Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Freistaates

tagte gestern von 10 Uhr vormittags bis 1/2 7 Uhr abends im Volkstagesgebäude. Die Beratungen waren hauptsächlich Organisationsfragen gewidmet. Im Mittelpunkt stand ein inhaltreicher Vortrag des Genossen Dr. Sint über: „Unsere Stellung zur Internationale“. Einen ausführlichen Tagesbericht mußten wir bis morgen zurücksstellen.

### Die freie Bahn für den Mietwucher.

Der Senat, Abt. Stadt, Einigungsamt, teilt mit: Die Notiz in den Danziger Tageszeitungen vom 22. Juni 1921, betr. „Die Höchstgrenze für Mietsteigerungen“ wird dahin berichtigt, daß Rindigungen zum Zwecke der Mietsteigerung zum 1. 10. 21 noch vor dem 1. 7. 21 von Seiten des Hausbesizers den Mietern gegenüber ausgesprochen werden müssen. Ferner müssen die Rindigungsanträge zum Zwecke der Mietsteigerung noch vor dem 1. 7. 21 von dem Hauswirt dem Einigungsamt eingereicht werden. Eine vorherige Genehmigung zur Rindigung der Mieter zum Zwecke der Mietsteigerung seitens des Einigungsamtes ist nicht erforderlich.

Auch diese Mitteilung enthält keine Andeutung in welcher Höhe eine Mietsteigerung zum 1. Oktober eintreten soll. So lange der Senat hierüber keine Mitteilungen macht, können seine Bestimmungen auf Rindigung der Mietverträge nicht ernst genommen werden.

Bisher ist aus seinen Bestimmungen nur zu ersehen, daß er den Forderungen der Hausbesizer in berechneter Weise Rechnung tragen will. Bei der Interessenpolitik, die vom Senat auf allen Gebieten zum Wohle der bestehenden Klasse getrieben wird, kann dieses Vorgehen kaum noch von benehmen. Eine derart unerhörte Art und Weise, wie aber in diesem Falle mit den Mietern umgesprungen wird, verdient allerhöchste Zurückweisung. Nur damit die Hauswirte noch vom 1. Oktober in den Genuss höherer Mieten kommen, wird die Öffentlichkeit mit Bestimmungen überzogen, die keinen Sinn haben. Die Mieter sollen sich, wie es in der ersten Verordnung hieß, über höhere Mieten mit den Hauswirten einigen, obwohl bisher die Höhe neuer Mietsteigerungen überhaupt noch nicht entschieden ist. Wir hoffen, daß der Volkstag schließlich zu diesem Vorgehen des Senats Stellung nehmen wird. Bisher läuft dieses Verfahren nur auf die glatte Auslieferung der Mieter aus.

### Die Behebung der Mißstände im Vorortverkehr.

Von der Freistadt-Eisenbahndirektion erhalten wir folgende Mitteilung:

Zu den von mehreren hiesigen Zeitungen über „Mißstände im Vorortverkehr“ gemachten Notizen teilen wir mit, daß die Einschränkung der Züge durch den eingetretenen Kohlenmangel geboten war. Die Kohlenzufuhren aus Oberschlesien erließen gänzlich aus. Es mußten daher Maßnahmen zur Ersparung von Kohlen getroffen werden. Demnach blieb nichts übrig, als einige Züge ausfallen zu lassen. Die ausgefallenen Züge lagen außerhalb der Hauptverkehrszeiten und waren nach unseren Feststellungen nur sehr schwach besetzt. Von der Einstellung haben wir den Zeitungen rechtzeitig Kenntnis gegeben. Die Zeitungen haben auch im lokalen Teil darauf hingewiesen. Die Unpünktlichkeit einzelner Züge ist darauf zurückzuführen, daß zum größten Teil für Lokomotivheizung nur mangelhaftes Heizmaterial — Koks und minderwertige Staubkohle — zur Verfügung steht und dadurch die Dampferzeugung beeinträchtigt wird. Die entstandenen Unregelmäßigkeiten sind nicht, wie es allgemeine Auffassung zu sein scheint, auf Dienstvernachlässigung der Betriebsbeamten oder auf Mängel in verwaltungsmäßig Maßnahmen zurückzuführen, sondern sind lediglich durch die Schwierigkeiten in der Beschaffung ausreichender und brauchbarer Heizstoffe entstanden.

Da Aussicht vorhanden ist, daß sich die Kohlenzufuhr wieder bessern wird, werden wir vom 1. Juli d. Js. ab, die ausgefallenen Züge wieder täglich verkehren lassen. Mit der Besserung des Heizmaterials ist auch auf Wiederherstellung der Pünktlichkeit im Vorortverkehr zu rechnen.

### Ueber die Danziger Wirtschaftslage

bringt die Nr. 10 der von der Handelskammer herausgegebenen „Danziger Wirtschaftszeitung“ authentisches Material durch statistische Uebersichten und erklärende Aufsätze des Statistischen Amtes der Freien Stadt Danzig. Diese wichtigen Mitteilungen sollen regelmäßig als Beilage erscheinen. Außerdem enthält die vorliegende Nummer im Hinblick auf die bevorstehende polnische Zollunion eine Uebersetzung der letzten polnischen Verordnung über den erhöhten

Satz für Suppenwaren. Neben einem Anstieg von Suppen Dr. Seminski über den Ausbau des Gebäudes, in dem zur Milderung der großen Steuerlast eine stärkere Erhebung von Gebühren gefordert wird, und einem Anstieg von Gerichtssakoffor Dr. Kamniger über die Preis- treibende Verordnung nach Danziger Stadt, enthält die Danziger Wirtschaftszeitung weitere Anträge für die Danziger Geschäftswelt wichtige Hinweise auf Bekanntmachungen.

Die Aushebung der Militär-Verpflichtung erfolgt für den Monat Juli am 22. und 23. Juni, die Aushebung der Javaliden, Unfall-, Malter- usw. Renten am 1. und 2. Juli im Werksporthaus. Das Nähere ist aus den bei den Postämtern befindlichen Aushängen und Hinweisen zu ersehen.

Neue Preissteigerung für Zucker. Das Wirtschaftsamt macht heute bekannt, daß der Preis für den Markengucker vom 1. Juli ab auf 2,55 Mark, bei Mittellieferung der Lüte auf 2,60 Mark, festgesetzt ist. Zur Entschädigung glaubt der Senat darauf hinweisen zu können, daß dieser Preis immer noch (!) niedriger als im Deutschen Reich sei. — Wir halten diese neue Preissteigerung durchaus nicht für berechtigt. Der Senat hätte anstelle der Erhöhung des Verbraucherpreises an die Herabsetzung des Rübenpreises denken sollen. Glaubt der Senat wirklich der Ruhe und Ordnung im Freistaat zu dienen, wenn er seine Interessenpolitik in dieser Weise fortsetzt?

Zur Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen für Radfahrer hat die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages folgende Anträge eingebracht: Nach den geltenden Volksgesetzbestimmungen ist eine große Anzahl Straßen, Brücken usw. für den Radfahrerverkehr gesperrt, obwohl sie für den Autoverkehr freigegeben sind. Ist der Senat bereit, die entsprechenden Bestimmungen und Bestimmungen pp., soweit es die Rücksichten auf den öffentlichen Verkehr zulassen, im Interesse des Radfahrerverkehrs abzuändern?

Die Ringkämpfe im Neuen Operetten-Theater wurden am Sonnabend eingeleitet durch den Herausforderungskampf im freien Stil Langer-Stalling. Das wechselvolle Treffen endete unentschieden. In dem Treffen Mac Donald-Parabonoff zogen letzterer wieder so unsatz, daß er vom Kampfleiter 2 Verwarnungen erhielt. Das Treffen endete unentschieden. Im Entscheidungskampf Schmitz-Lornow unterlag ersterer in einer Gesamtzeit von 34 Min. Am Sonntag betrat zuerst im Herausforderungskampf Parabonoff und Langer den Ring und schon in der 2. Runde gelang es letzterem, seinen schweren Gegner zu Boden zu strecken. Das Treffen Mac Donald-Stalling endete unentschieden. Ein sportlicher Höhepunkt war das Treffen Röhler-Siegfried. Infolge der Volkseinstunde mußte der Kampf abgebrochen werden. Am Montag: Der große Entscheidungskampf (als 1. Paar) Lornow-Mac Donald, ferner Stalling gegen Röhler und der große Herausforderungskampf Langer-Siegfried. Näheres siehe Inferra!

Sofenachrichten. Eingang am 25. Juni: Deutscher D. „Verena“ von Liverpool (Güter); am 26. Juni: Schwedischer D. „Fris“ von Helsingfors (Güter), deutscher D. „Moston“ von London (Passagiere und Güter), holländisches Motorschiff „Jan-Eina“ von Dartmouth (Geringe), deutscher D. „Juno“ von Rotterdam (Güter), deutscher D. „Saturn“ von Stettin (Leer), deutscher D. „Amonia“ von Hamburg (Güter); am 27. Juni: Deutscher D. „Gers“ von Memel (Leer), amerikanischer D. „Mount Vernon Bridge“ von New York (Mehl). Ausgang am 25. Juni: Englischer D. „Baltica“ nach London (Passagiere u. Güter), deutscher D. „Mleston“ nach Fredrikshamn (Leer), deutscher D. „Oskar“ nach Alborg (Leer), deutscher D. „Möwe“ nach Stettin (Güter), deutscher D. „Stadt Memel“ nach Memel (Güter), englischer D. „Baltant“ nach Vibau (Passagiere und Güter), deutscher D. „Emma“ nach Hamburg (Güter); am 26. Juni: Dänischer D. „J. G. Jacobson“ nach Koval (Kaffeebohnen Güter), deutscher Segler „Elisbeth“ nach Odensee (Holz), deutscher D. „Thor“ nach Vibau (Passagiere und Güter), schwedischer Motorsegler „Elisabeth“ nach Odensee (Weizen); am 27. Juni: Lettisches Motorschiff „Jurate“ nach Hermsund (Zement).

Polizeibericht vom 26. und 27. Juni 1921. Verhaftet: 9 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Widerstandes, 2 wegen Einschleichens, 2 in Polizeihalt.

Gemeindevertretung in Chra. In der letzten Gemeindevertretung wurde zunächst eine vom Gemeindevorstand vorgelegte Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung angenommen. Der Baukommission wird die Verfügung über 2000 Mark und der Armenkommission über 200 Mark zugestanden. Für das Miet-einigungsamt werden für die 6 Weitzer noch 6 Feldweitzer gewählt, und zwar aus den Kreisen der Vermieter die Herren

Compans, Amant und Jahn, aus den Kreisen der Mieter die Herren Wolf, Pögen und Gubinski. Die Gemeindevertretung beschloß für den 2. Bezirk nach Herr Schille und für den 4. Bezirk Herr Stollow gewählt. Dem Turn- und Sportverein „Ficht“ gewährt die Verwaltung eine Subsidie von 50 Mark zur Beschaffung von Turngeräten. Während der Sommerferien sollen 50 der Kuchenschule-Fürsorgehilfe überreichte Kinder täglich 1/4 Liter aufgeschobene Milch und eine Semmel erhalten. Die Militär-Hörster sind von privater Seite zur Verfügung gestellt. Die Gemeindevertretung begreift diese Maßnahmen und erteilt ihre Zustimmung.

Feuer in Chra. Am Sonnabend gegen 6 Uhr morgens kam der Kaufmann Gierke in die unteren Räume seines Hauses und fand diese voll Rauch. Aus der Höhe schlugen ihm helle Flammen entgegen. Mit Hilfe seiner Arbeiter gelang es Herrn Gierke das Feuer zu löschen, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

Rezept. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für Einheimische findet von Montag, den 27. Juni, bis Freitag, den 1. Juli von 9 1/2 bis 5 1/2 Uhr nachmittags, in Zimmer 2 und 3 in der Altkönig-Residenz statt. Ausgegeben wird eine Besondere. Vorkaufgen ist der gleiche amtliche Ausweis. Antragsteller erhalten ihre Karten am Sonnabend, den 2. Juli, von 9—1 Uhr vormittags, im Zimmer 2. Fremde erhalten die Karten vom 27. Juni bis 1. Juli von 9—1 Uhr vormittags in Zimmer 2 und haben Voh und Kaufweis vorzulegen.

## Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt  
Centr. B. abg. nach 8 Uhr im Parteibureau, 4. Damm 7.  
3. u. 4. Sitzung, 1. Vorstand.

1. Bezirk: Dienstag, den 28. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im „Blauen Komplex“, 10. Bezirk: 10. Bezirksversammlung, 1. Bericht vom Parteitag, 2. Bericht des 1. Bezirkes.

Wegweiser-Gesellschaft  
Centr. Montag, den 27. Juni, abds. 6 Uhr: Delegiertenversammlung. Das Erscheinen aller Delegierten ist erforderlich.

Deutscher Holzarbeiter-Verband:  
Dienstag, den 28. Juni, abends 6 Uhr, im Lokal Schmidt, Schillinggasse 6: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage, Referent Kollege Spill, 2. Unsere Lohnbewegung, Referent Kollege Schönhoff, 3. Bericht des Ausschusses.

Arbeiter-Gesangverein „Sängertrupp“:  
Dienstag, abends 7 Uhr, im Werksporthaus: Übungsstunde des gemischten Chors, jeden Mittwoch des Männerchors.

## BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 25. Juni 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawisch	+1,73	+2,02	Dieder	-0,15 - 0,17
Morshau	+0,94	+0,92	Dirschau	-0,14 - 0,12
Plock	+0,56	+0,53	Einlage	+2,42 + 2,34
Thorn	+0,27	+0,28	Schienenhof	+2,68 + 2,60
Tordou	+0,14	+0,13	Schönan O. P.	+6,68
Gulm	+0,18	+0,08	Salzenberg O. P.	+6,64 + 6,61
Grauberg	+0,17	+0,14	Neuhofenbusch	+2,00 + 2,04
Kurzebrack	+0,57	—	Wolfsdorf	—
Montauerhöhe	+0,04	+0,05	Krawachs	+1,27 + 1,18

## Letzte Nachrichten.

Die Kosten der Besatzungsarmee im Rheinland. Paris, 26. Juni. Nach dem „Temps“ werden gegenwärtig von Sachverständigen der verschiedenen Regierungen die Kosten der Besatzungsarmeen im Rheinland geprüft. Die Angelegenheit soll demnächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden. Belgien wünscht angeblich, daß für die Besatzungskosten eine Gesamtpauschallumme von ungefähr 250 Millionen Goldmark festgesetzt werde.

Compars wiedergewählt. Paris, 26. Juni. Nach einer Meinung, die der „Matin“ wiedergibt, ist Samuel Compars zum 41. Male zum Präsidenten der amerikanischen Arbeitsdelegation wiedergewählt worden.

Verantwortlich für Folie Dr. Wilhelm Gollig, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsblätter Felix Weber, beide in Danzig; für die Illustrierte Bruno Thewes in Ostia. Druck und Verlag von S. G. H. u. Co., Danzig.

# Unier Saison-Ausverkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen

morgen vormittags 9 Uhr

## A. Fürstenberg Wwe. Langgasse

Beachten Sie unsere Auslagen

# Der sozialistische Mensch.

Von Dr. Werner Heisen.

Jede Zeit hat ihre bestimmte Merkmale geistiger, künstlerischer, wissenschaftlicher, ethischer Art. Der Mensch des 17. Jahrhunderts ist der Stürmling, der Typus eines Kopernikus und Galilei, der Mensch des 18. Jahrhunderts ist der Schöpfer der Weltmarcepoche und des französischen Hofstils, der ästhetische und der philosophische Mensch, das 19. Jahrhundert erfüllt der technische Mensch mit seinem Schaffen, ein Ueberwinder der Natur, der mittelfst des Instruments in Gebiete einbringt, die dem Metaphysiker, dem Geisteslichen, bis dahin vorbehalten waren. Welches wird der Mensch des 20. Jahrhunderts sein?

Das Zeitalter der Kämpfe wird vom Zeitalter der Revolutionen abgelöst. Der Klassenkampf, in dem sich die Geschichte der Menschheit bis jetzt abspielte, ist auf ein Stadium angesetzt, in welchem er — begünstigt durch die sich selbst überwindet, wie schon Marx als Ziel des Kampfes der Klassen die Ueberwindung der Klassen darstellte. Der Revolutionierung der Wirtschaft, die mit außerhalb des Lebens besteht, folgt die Revolutionierung des Geistes, der Geistes. Eine Umstellung folgt. Veränderung der materiellen Basis, Neugestaltung des Produktionsprozesses bedingen neue Einstellungen. Der vierte Stand erobert die Schwerkraft überwindet er keine Ueberwinder. Jachend schaut er auf seine Vorgänger herab, die Träger des Gebandes vom dritten Stande, die Träger von 1790...

Der neue Mensch ist der revolutionäre Mensch. Der Revolution bedingt Konterrevolution, wie auf Entwicklung Wächheit, auf Empörung Gemungung folgt. Die Weltgeschichte bewegt sich nicht in gerader Linie, sondern sie nimmt inspirierten Werten. Und dieses Wort: Nicht fort soll ihr auch entgegen, sondern aufwärts! bleibt programmatische Forderung eines geistig gefestigten Volkes, ohne auf absehbare Zeit hin Erfüllung zu bestehen. Der Vertreter der Revolution folgt die Schritte der Organrevolution. Der Ueberwindung der ungewollten Klasse geht härteste Kullierung zuvor, wie der sterbende Mensch im Todeskampf noch einmal sich auflehnt, ehe das Schwert des Siegers ertönt, und sein — berechtigt — Triumphschrei schreit grell den Abschrei des Besiegten nieder.

Dann alle, wie der revolutionäre Mensch, auch der Konterrevolutionäre Typus unserer Jahrhunderte sein? Or kann es nicht. Ein Prinzip nur kann schließlich liegen: Gut oder Böse, Wahr oder Unwahr, Licht oder Schatten, Ordnung oder Anarchie. Beide Prinzipien können nicht nebeneinander bestehen und wenn die Weltgeschichte nach einem viel missbrauchten Worte wirklich Weltgericht sein soll, so teilt sie die Palme des Sieges dem aus der Entwicklungsgemäß zu ihr hinreicht. Diese Kräfte aber sind nicht die Kräfte der Reaktion — im weitesten Sinne des Wortes gefaßt — nicht die Kräfte der Finsternis, sondern es sind die Kräfte des Aufstiegs, die Träger einer neuen Zeit, die Abender neuer unerschütterter Gedanken.

Der revolutionäre Mensch ist der Mensch des 20. Jahrhunderts. Diese Feststellung aber genügt nicht. Was ist revolutionär? müssen wir fragen. Und: Wer ist revolutionär? Alle die Kräfte sind revolutionär, die den Umsturz der bestehenden Verhältnisse zum Ziel haben und diese auf dem Wege der Revolution, der organischen Entwicklung, herbei-

zubereiten wollen. Denn der revolutionäre Weg ist Bedingung für die Normalität des Sozialismus. Jeder Umsturz der Gesellschaft, der den immanenten Gesellschaftskräften zumwiderläuft, muß nicht unbedingt konterrevolutionär sein, widerspricht aber der logischen revolutionären Entwicklung und kann — auf dem Wege des Zwanges — eine gewaltsame Umstellung der Augenblicksverhältnisse herbeiführen, die aber organische Staats- und Gesellschaftsbildung zur Reife bringen.

Der ist revolutionäre und Kämpfer des organischen Entwicklungslehre zugleich? Es ist der Sozialist, der einmal den Gegenwärtigen als kapitalistische Institution ablehnt, wenngleich der alle Oppositionskampf heute nicht mehr möglich ist, und der andererseits durch die Lehre seiner Wissenschaft auf den Weg der Entwicklung gewiesen ist. Was stellt die sozialistischen Theorien eines Marx und Engels ihren Ursprung in der englischen Sozialphilosophie des 18. Jahrhunderts haben, kann hier nicht näher gewiesen werden: Unzulänglich — und schon von dem alten Materialisten Pflücker erwähnt — sind die Zusammenhänge zwischen Darwin und Marx.

Der revolutionäre Mensch ist also der sozialistische Mensch, und dieser ist die Synthese aus Kampf und Entwicklung. Zu unterzucht bleibt noch, in welchem Stande, in welcher Klasse sich diese Voraussetzungen finden, die nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen und soziologischen Bedingungen in einer Person, in einer Gruppe, in einer Klasse vereint sein können.

Wenn der sozialistische Mensch eine Kombination aus Kampf und Entwicklung sein soll, so ist klar, daß er an denjenigen Stand anknüpft, dessen wesentliche Aufgabe Kampf und Entwicklung sind. Dieser Stand aber ist die Klasse des Proletariats. Die Arbeiterklasse, die seit Jahrhunderten, seit Jahrhunderten den Kampf gegen ihre Ausbeuter führt, ist die spezifische Klasse des Kampfes, die denn auch charakteristischer Weise den Klassenkampf auf ihre Forderungen geschrieben hat. Dieses ständige Ringen aber um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, sowie um Erhöhung des materiellen und moralischen Existenzminimums bringt in dem Proletariat Eigenschaften zur Auslösung, die infolge des Mangels ständiger Übung bei anderen Klassen nicht vorhanden sind, bzw. in Verkümmernng geraten. Nur der bleibt Sieger, der seine Kräfte ständig wählt. Das Proletariat will siegen, und das Bewußtsein der historischen Notwendigkeit seines Sieges wählt seine Kräfte, steigert sie und entwickelt so Fähigkeiten, die es im Laufe der Entwicklung seinen Gegnern überlegen machen. Die einfachsten psychologischen Untersuchungen zeigen, daß die ständige Bemühung einer Fähigkeit, z. B. der Stärke der Hand, die Kräfte dieser Fähigkeit ins Ueberwöhnliche steigert und schließlich dem also Gebüden einen Vorprung gegenüber seinen Wettbewerbern ins Bewußtsein einbringt. So steigert die ständige Einstellung auf Kampf die Wachsamkeit des Proletariats, seine Fähigkeit, seinen Feindwille, bis es eines Tages, wenn auch widerstrebend, von seinen Feinden als Siegerin im Kampfe der Klassen anerkannt wird.

Dann ist der Typus des sozialistischen Menschen geschaffen. Wie er um die Zukunft ringt, so gehört ihm die Zukunft, und niemand mehr kann sie ihm entreißen. Dann ist die Epoche des Kapitalismus abgeschlossen. Eine neue Zeit bricht an, mit neuem Glauben, neuer Hoffnung, neuer Zwecklichkeit; die Zeit des Menschen beginnt, und wir sehen die Morgenröte des sozialistischen Zeitalters leuchten.

# Vermittler.

Ein Film-Wettbewerb. Die Bewegung für den Schaf- und Seefilm ist wie bei uns, so auch in England im Wachsen begriffen, und allenthalben sucht man die besten Organisationsmittel zu schaffen, um dieses wertvolle Anschauungsmittel für den Unterricht zugänglich zu machen. Einer der Kämpfer dieser Bewegung, H. S. Heywood, tritt nun mit dem Plan hervor, man solle einen „Wettbewerb im Film“ schaffen. Wenn die Unterrichtsbehörden der großen Mächte“, sagte er, „sich zusammenschließen würden und zunächst einmal einen Grundstock von 200 ausgezeichneten Beispielen schaffen könnten, dann würde eine Zentralorganisation da sein, die vom höchsten Wert wäre. Die einzelnen Länder könnten solche Filme untereinander austauschen, und so ließe sich ein wirklicher internationaler Geographieunterricht mit geringen Kosten ermöglichen. Bisher gibt es noch keine guten Schulfilme. Es gibt nur Filme, die auch für Unterrichtswecke benutzt werden können. Die Zusammenarbeit der Völker und der verschiedenen Filmindustrien wäre notwendig, um das hohe Ziel zu erreichen: wirklich gute Schulfilme, die allen Schulen zur Verfügung gestellt werden könnten.“ Eine ideale Arbeit im Dienste der Volksbildung und aller Mäßen wert!

Eine kommunale Schaufenstersteuer. Zu welchen Steuerquellen die Finanznot die Kommunen greifen läßt, zeigt eine der Stadtverordnetenversammlung in Rathenow gemachte Steuervorlage. Diesmal waren es die Schaufenster, die vom Steuerausdruck als geeignetes Besteuerungsobjekt befunden worden sind. Für die Erhebung der Schaufenstersteuer soll die Stadt entsprechend dem Werte der Geschäftslage in Zonen eingeteilt werden. In der ersten Zone würde der Quadratmeter Schaufensterfläche mit 18 Mark jährlich besteuert werden, in den übrigen Zonen verringert sich der Steuerfuß entsprechend.

20 Millionen Schulden Friedrich Leopolds in 2 1/2 Jahren. Zwischen der preussischen Regierung Stegertwald und dem Prinzen Friedrich Leopold ist ein Vergleichsvertrag zustande gekommen, wonach die Regierung sich verpflichtet hat, als Voransch auf die Einnahme der von ihr beschlagnahmten Liegenschaften des Prinzen sämtliche Schulden des Prinzen, die dieser in Sagan gemacht hat, zu begleichen. Ausgenommen sind zwei Beträge von je 200 000 Mark, die als erste Hypotheken auf den beiden Villen stehen bleiben, die sich der rollende Mann aus dem Hohenzollernhaus hat bauen lassen. Der bar zu zahlende Rest beträgt 1 400 000 Schweizer Franken. Mit den beiden obengenannten Beträgen betragen die Gesamtschulden Friedrich Leopolds 1 800 000 Schweizer Franken, das sind nach dem jetzigen Kursstande nahezu 20 Millionen Mark. Dieses keine Schuldenfremden ist seit der Revolution angesammelt worden. Ein Zeitschen, in welcher Anlage die Hohenzollern durch die Revolution verfehlt worden sind und mit welcher spartanischer Einfachheit sie ihre Not ertrugen. Während nach dem Zeugnis der rechtsstehenden Presse die deutschen Arbeiter prahlen und schlemmen, hat sich Friedrich Leopold durch Spargen und Entbehrungen 20 Millionen Schulden „erspart“. Gut ab vor den Hohenzollern!

**Alltägliche Bekannmachungen.**  
**Neuer Preis für Warkenzucker.**  
 Der Preis für den Warkenzucker (1 1/2 Pfund je Kopf und Monat) wird vom 1. Juli 1921 ab auf 3,65 M. je Pfund festgesetzt. Dieser der Alkohändler die Litz, so darf er für das Pfund Zucker 3,00 M. berechnen.  
 Die Zuckermarken für den Monat Juli dürfen nicht vor dem 1. Juli beliefert werden. Zuverlässig und machen sich strafbar.  
 Danzig, den 22. Juni 1921.  
 Wirtschaftsamt Freistadt Danzig.  
 Zuckerrstelle. (4581)

**Sohleder in Häuten**  
 Kernsohlen und Abfallstücke, fertige Lederschäfte i. Boxhall usw., Leder zu Holzpantoffeln, in Schnürsenkel, Gummisabsätze, Schuhcreme sowie die äußerst haltbaren  
**Liga-Gummisohlen**  
 ungleich billiger  
**Carl Fuhrmann**  
 4395 I. Danm 21.

**Moderne fertige Anzüge**  
**Gummi-Mäntel, Schlüpfer**  
**modern gestreifte Hosen**  
 äußerst preiswert (4521)  
**Allstädtischer Graben 96/97**  
 Eingang Kl. Mählengasse  
**J. Czerninski, Danzig.**

**DIE GLOCKE**  
**WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK / FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR**  
 Herausgeber: PARVUS  
 Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus  
 Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen  
 Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit  
 Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden  
**Mitarbeiter der letzten Hefte:**  
 Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Bröger, Otto Weis, Max Quarek, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmaier, Robert Grätzsch  
 Einzelheft Mark 1,50  
 Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—  
 Zu beziehen durch:  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Neues Operetten-Theater**  
 Dir.: Paul Benmann.  
**Heute und folgende Tage**  
 Anfang 7.30 Uhr Anfang  
**Großer internationaler Ringer-Wettstreit**  
 um den großen Preis von Danzig im Betrage von 10000 Mark im bar.  
 Heute Montag (27. Tag) ringen:  
 Der große Entscheidungskampf:  
 Als 1. Paar:  
 Teruow gegen Mac Donald  
 Stalling gegen Köhler  
 Der große Herausforderungs-Borkampf:  
 Langen gegen Siegfried  
 Vor den Ringkämpfen das glänzende  
**Varieté-Programm!**  
 Vorverkauf im Deumhaus, Langgasse, Kassenschließung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Libelle**  
 Musik, Gesang, Tanz.

Am  
**30. Juni**  
 bringt  
**Freymann**  
 etwas Besonderes  
 Nächste Inserate und Schaufenster beachten.  
 (4578)

**Massenaufgaben**  
 liefert in kürzester Frist  
 Buchdruckerel  
**Danziger Volksstimme**  
 Am Spendhaus 6

**Volkspflege**  
 Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Vereinigungen  
 - Sterbehilfe. -  
 Rein Politenverfall.  
 Einmalige Tarife für Erwachsene und Kinder  
 Anknüpfung in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
**Schönungstraße 16 Danzig**  
 Bruno Schmidt, Mattenbude 35

**Gute Milchziege u. langes Lefching**  
 6-8 kg zu verkauf. Prank, Wärfelstr. 7, I. E. C. (7)

**Herzliche Bitte!**  
 Notleidender Genosse bittet edel denkenden Menschen um ein Darlehen von 1000 M. gegen Sicherheit, übliche Zinsen und monatl. Rückzahlung. Angeb. u. 112 an d. Exped. d. Bl.

**Kleine Anzeigen**  
 in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.